

01 | 2015

■ Flüchtlinge brauchen
Unterkunft – und Arbeit! 03

■ Energiewende jetzt! 05

■ Kampagne gegen
Wohnungsleerstand 06

■ Öffentlicher Raum, Lebensgefühl 08

■ Stuttgart 21: Dezibel
außer Kontrolle 11

■ Welthaus: ein voller Erfolg! 12

■ Fluxus Concept Mall 14

■ Frauen ins Topmanagement! 17

■ Aus den Bezirken: Filderbahnplatz,
Erholung auf der Waldau, ... 19

GLÜCKLICHES STUTTGART

Vom Wert der Freiheit

■ Als ich am Montagabend, dem 5. Januar 2015, auf dem Schlossplatz in einer überwältigenden Menge von Stuttgarterinnen und Stuttgartern unterschiedlichster Herkunft, Hautfarbe, Nationalität, sexueller Orientierung und verschiedensten Glaubens, Alters und Einkommens in dem Gedanken vereint stand, in Stuttgart zu zeigen, dass Diskriminierung, Hass und Ausgrenzung hier in dieser unseren Stadt keinen Platz haben, da wurde mir trotz eisiger Temperaturen warm.

WILLKOMMEN! | Dank an die Anstifter, dass sie die Initiative ergriffen haben für diese Kundgebung! Sie konnte zeigen: Bei uns in Stuttgart sind Menschen will-

kommen, die in Not ihr Land und ihre Heimat verlassen mussten und nun einen Platz in unserer Gesellschaft finden wollen. Die Menschen, die vor Terrorismus und diktatorischen Regimen, vor Hunger und Armut, vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Folter fliehen, haben ein Recht darauf. Und das vom Oberbürgermeister verwendete Zitat Hölderlins stand über der Kundgebung wie ein Bekenntnis und eine Forderung zugleich: „Glückliches Stuttgart! Nimm freundlich den Fremdling mir auf!“

Keine zwei Tage später, am Vormittag des 7. Januars, erschütterte uns alle die Nachricht von heimtückischen Morden durch fanatisierte Menschen unter Missbrauch

Schlossplatz Stuttgart, 5. Januar 2015



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ auch in der ersten Ausgabe unseres STADTBLATTs im neuen Jahr wenden wir uns aktuellen und wichtigen Themen in unserer Stadt zu. Anfang 2015 lebten hier rund 2.600 Flüchtlinge in 69 Unterkünften, verteilt auf 16 Stadtbezirke. Weitere ziehen gerade ein, etwa in Möhringen. Ehrenamtliche leisten in Freundeskreisen unschätzbare Arbeit und zeigen, dass Stuttgart bereit ist, Menschen in Not aufzunehmen. Hier ist kein guter Nährboden für diffusen Fremdenhass und Propaganda gegen Hilfesuchende. Pegida bekommt hier keinen Fuß auf den Boden; das hat auch die Kundgebung am 5. Januar gezeigt, bei der 8.000 Menschen deutlich machten, dass Diskriminierung und Fremdenhass in unserer Stadt keinen Platz haben.

STUTTGART IST UND BLEIBT EINE WELTOFFENE STADT.

Das Gesicht der Stadt hat sich in den letzten Jahren verändert und wird sich auch weiterhin ändern. Was kann man tun, um die Geschichte unserer Stadt zu bewahren, positive Entwicklungen zu fördern und die Lebensqualität der Stuttgarterinnen und Stuttgarter zu verbessern? Ein wichtiger Themenkomplex für unsere Stadtratsfraktion und unsere BezirksvorsteherInnen. Daher beleuchten wir in dieser Ausgabe auch die städtebauliche Entwicklung Stuttgarts, vom öffentlichen Raum über Wohnungssituation bis kulturelle Bauten, aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Hinzu kommen die Entwicklungen bei Jobcenter und Erziehungshilfe, Aktuelles aus den Stadtteilen und weitere wichtige Themen für unsere Stadt.

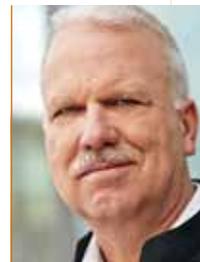


Ihre Petra Rühle

einer Religion. Ein Angriff auf uns alle und unser aller Freiheit. Ja, es ist dieser Wert der Freiheit an sich, der hier angegriffen worden ist – der Freiheit, anders zu denken, zu reden, zu schreiben und zu zeichnen wie auch zu leben, zu glauben und zu lieben. Freiheit setzt eine Akzeptanz oder zumindest Toleranz des Anderen und des Andersartigen voraus. Dazu gehört die Freiheit der Religion und Religionsausübung ebenso wie die Freiheit der Kunst, der spitzen Feder und der Satire. Diese brutalen Morde sind durch nichts zu rechtfertigen, und wer darauf mit dem Ruf nach Einschränkung von Freiheit reagiert, tut den Opfern des Massakers nochmaliges Unrecht an.

Doch Freiheit alleine wäre zu wenig – weswegen die Trias der Begriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bis heute maßstäblich ist. Dies wie auch die immer wieder aufs Neue zu verteidigende Würde jedes Menschen gilt es zu erhalten und auch zu verteidigen. Was wir gewinnen können, ist eine Vielfalt, die (so sie toleriert und schließlich akzeptiert wird) unsere Gesellschaft bereichert.

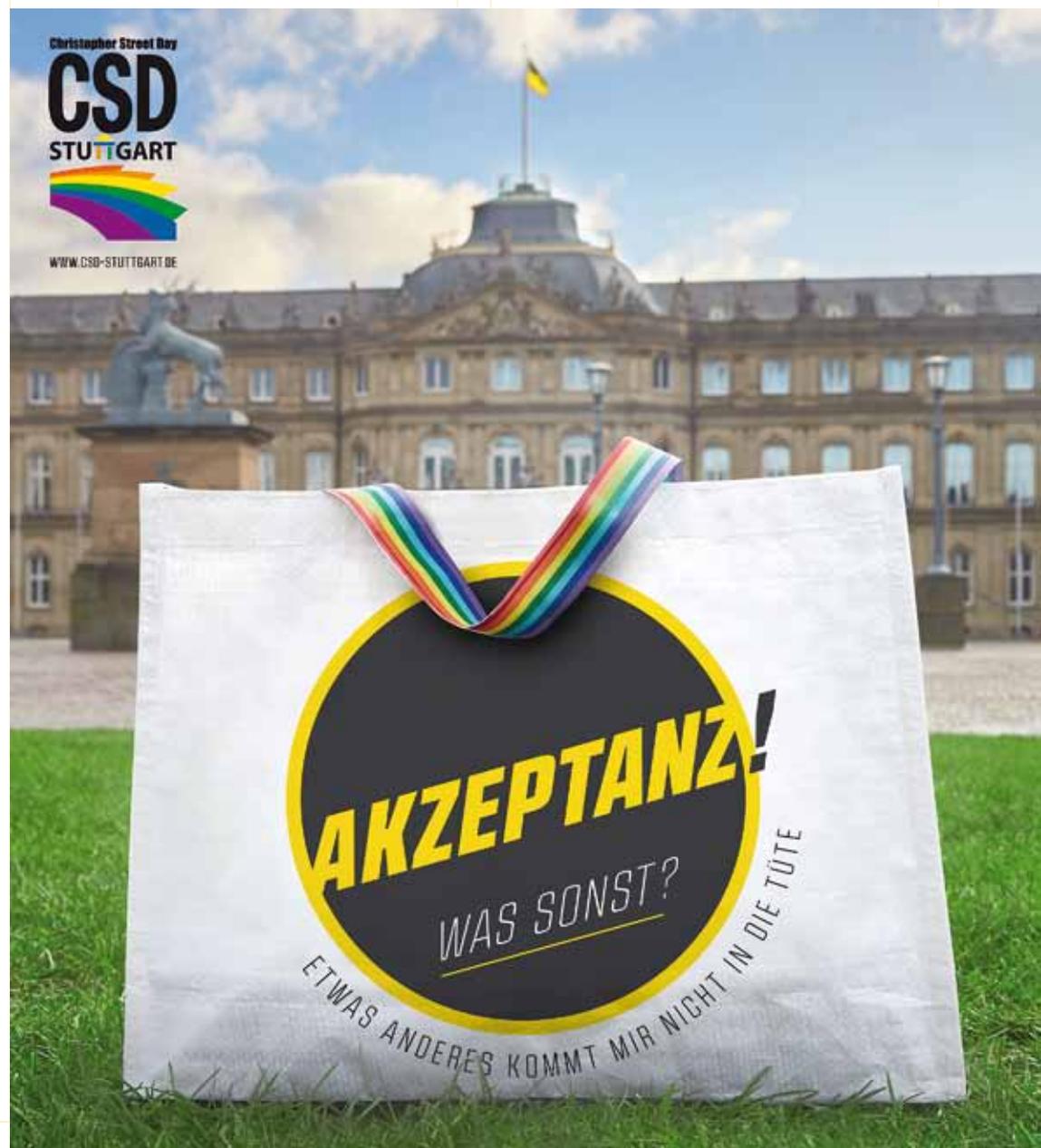
Andreas G. Winter



■ „AKZEPTANZ! WAS SONST?“

Etwas anderes kommt dem CSD (Christopher Street Day) Stuttgart nicht in die Tüte. Wer will, dass möglichst viele Akzeptanz-Tüten in Umlauf kommen, kann sich an den Produktionskosten beteiligen via www.csd-stuttgart.de, Spendenaufruf Tüten-Kampagne.

Zum Vormerken: CSD Stuttgart, 17. bis 26. Juli 2015. Kulturwoche mit politischem Hintergrund und zahlreichen Veranstaltungen rund um die Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen, kurz LSBTTIQ. Höhepunkt ist die CSD-Polit-Parade am Samstag, 25. Juli 2015. Plakat (Ausschnitt): IG CSD Stuttgart e. V.



Flüchtlinge brauchen Unterkunft – und Arbeit!

Es gilt, zügig die Unterbringung einer steigenden Zahl an Flüchtlingen zu organisieren. Gleich fünf städtische Institutionen ziehen dabei an einem Strang. FDP und AfD versuchen zu blockieren.

■ In diesem Jahr werden pro Monat rund 150 Flüchtlinge in Stuttgart erwartet. Auch mit den beschlossenen Erweiterungsbauten in Feuerbach (Erweiterung um 78 auf insgesamt 156 Plätze) und Möhringen (ebenfalls um 78 auf dann 243 Plätze) sowie den beiden neuen Standorten für Systembauten in Hausen (243 Plätze) und Botnang (156 Plätze) werden ab September 2015 immer noch rund 30 Plätze fehlen, für die bald Wohnraum in Bestandsgebäuden gefunden werden muss. Dann steht bereits das nächste Jahr vor der Tür – und die Stadt wird alles dafür tun, dass auch dann Grundstücke zur Verfügung stehen, um Systembauten zügig zu realisieren, und im Gebäudebestand Unterkünfte für eine ordnungsgemäße Belegung gefunden werden. Das ist ambitioniert und kann nur gelingen, weil Sozial-, Baurechts- und Umweltamt, Immobilienmanagement und SWSG so zielgerichtet Hand in Hand arbeiten. Auf diesen positiven Erfahrungen beim Zusammenwirken von Verwaltungseinheiten kann man künftig auch beim Umsetzen anderer wichtiger Projekte aufbauen!

Wenig hilfreich war, dass im Bezirksbeirat Feuerbach eine Mehrheit erneut auf ein nicht genehmigungsfähiges Wohnheim im Gewerbegebiet setzte und den dringend notwendigen zweiten Bauabschnitt auf die lange Bank schob. Den Grünen wäre eine klare Entscheidung wichtig gewesen; schließlich hatten sie alle von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte in Feuerbach für akzeptabel gehalten.

Dann folgten im Gemeinderat die Abstimmungen im Verwaltungsausschuss und in der Vollversammlung: Die FDP preschte vor, sprach vom „Schlag ins Gesicht der Anwohner“ und setzte auf schnellere Abschiebungen. (Was in der jetzigen Lage keine Lösung ist. Zumal die aktuellen Zahlen mit um die neun Prozent ungefähr so hoch sind wie zu der Zeit, als die FDP im Land noch mitregierte.) Die AfD legte nach: Flüchtlinge kämen aus anderen Kulturkreisen, wo Konfliktlösungen meist gewalttätig erfolgten. So also werden die Opfer als potenzielle Täter hingestellt – und damit haben die Vertreter dieser Partei den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen, sie betreiben Ausländerhetze. Das ist beschämend für den Rat und unsere weltoffene Stadt. Da war es für mich schon eine große Genugtuung und bewegende Erfahrung, dass es unter den großen Fraktionen – auch wenn eine gesonderte Zufahrt in Feuerbach wegen einer Frischluftschneise nicht möglich war – eine breite fraktionsübergreifende Zustimmung für alle vorgeschlagenen Standorte gab. Wir werden keine Notunterkünfte in Turnhallen, wie beim Bosnienkrieg in den 90ern, zulassen! Wir werden mit offenen Armen auf die Flüchtlinge zugehen.

UNTERBRINGEN HEISST: KENNENLERNEN, EINGEWÖHNEN, BETREUUNG, SPRACHKURS, INTEGRATIONSHILFE ... |

Ist die Unterbringung erst einmal angelauten, wollen die Menschen meist so schnell wie möglich auf eigenen Beinen stehen, ihren Lebensunterhalt verdienen und ein einigermaßen normales Leben führen. So ist es ein großer Fortschritt, dass (seit der durch Grün/Rot ermöglichten geänderten Bundesgesetzgebung) Asylbewerber und Geduldete nun nach drei Monaten arbeiten dürfen, falls es für die entsprechende Stelle keinen geeigneten Bewerber aus Deutschland oder der EU gibt. Diese Vorrangprüfung soll nach 15 Monaten wegfallen. Für Fachkräfte wird sie komplett gestrichen.

... UND DANN ZUR ARBEIT GEHEN! |

Damit wird es auch für die deutsche Wirtschaft einfacher, Arbeitskräfte in bestimmten Fachrichtungen zu finden. Hatten doch die Unternehmen eigentlich darauf gedrängt, Asylsuchenden spätestens ab dem sechsten Monat und Geduldeten ab Erteilung der Duldung eine Beschäftigungsaufnahme ohne Vorrangprüfung zu erlauben. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollte ein humanitärer Ausbildungsaufenthalt gelten, der ihnen den Abschluss einer dualen Ausbildung ermöglicht, da gerade Handwerksbetriebe händeringend Auszubildende suchen.

Möglicherweise ist das letzte Wort in diesen Fragen ja noch nicht gesprochen. Unser Antrag „Flüchtlingen eine Beschäftigung ermöglichen“ kommt jedenfalls im Februar auf die Tagesordnung. Wir haben darauf gedrängt, dass wir bis dahin einen Überblick über die realen Arbeitsmöglichkeiten von Flüchtlingen hier in der Stadt bekommen. Denn durch eigene Arbeit und eigenes Einkommen lassen sich manche Probleme der Menschen im fremden Land einfach besser lösen.

Silvia Fischer



INTERVIEW

Unglaubliches Engagement

Wie sieht es in Stuttgart im Moment bei der Unterbringung der Flüchtlinge aus, was bewirken ehrenamtliche Helfer und warum eigentlich können das Gärtnern, Fußballspielen und ein offenes Ohr dazu beitragen, Menschen zueinander zu bringen? Wir fragen Fritz Weller, Bereichsleiter für Migration und Integration beim Caritasverband Stuttgart.

Herr Weller, 2015 werden im Durchschnitt ca. 150 Flüchtlinge pro Monat in Stuttgart erwartet. Ist die Stadt gut vorbereitet?

Die Stadt ist sehr bemüht, die bei uns ankommenden Menschen gut und angemessen unterzubringen. Wir von der Caritas sind froh, dass der Gemeinderat so schnell



auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagiert und die Systembauten beschlossen hat. Diese Entscheidung hat die flüchtenden Menschen davor bewahrt, in Turnhallen oder Containern untergebracht zu werden.

Die Caritas betreut im Moment drei Flüchtlingsunterkünfte. Fühlen sich die Menschen gut aufgehoben, wie ist die Stimmung?

Obwohl die Zimmer in den Systembauten relativ eng sind, sind die Bewohner unserer Unterkünfte im Neckarpark und in Möhringen zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Alles ist neu und ansprechend gestaltet. Es gibt nur hier und da ein paar technische Probleme, wie Abflussrohre, die nicht richtig funktionieren. Ansonsten ist die Stimmung gut. Das liegt auch am unglaublichen Engagement vieler ehrenamtlicher Helfer. In Möhringen etwa haben rund 70 Ehrenamtliche ein Willkommensfest mit selbstgekochem Essen für die Neuankömmlinge veranstaltet. Dieser Empfang hat sie tief berührt. In solchen Momenten sieht man, wie wichtig die Menschen vor Ort für die Flüchtlinge und unsere Arbeit sind, denn sie sind die Brücke in unsere Stadtgesellschaft. Trotzdem will ich an dieser Stelle nicht verschweigen, dass sie für uns Hauptamtlichen auch zusätzliche Arbeit bedeuten.

Wie meinen Sie das?

Für die meisten Ehrenamtlichen ist der Umgang mit Flüchtlingen neu. Sie brauchen unsere Unterstützung und Begleitung. Obwohl wir das sehr gerne machen, sprengt diese Aufgabe unsere Kapazitäten. Auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter kommen 136 Flüchtlinge. Da bleibt nur wenig Zeit, die Ehrenamtlichen so zu begleiten, wie wir

es gerne täten. Wir haben deshalb eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels bei der Stadt gefordert. Mehr Personal würde auch bedeuten, dass wir traumatisierte Flüchtlinge besser begleiten und unterstützen könnten. Bisher war das nicht möglich. Nun hat die Caritas aus eigenen Mitteln Mitarbeiter eingestellt und ein Konzept erarbeitet, um sich niederschwellig um diese Menschen zu kümmern.

Die Integration von Flüchtlingen in die Stadtgesellschaft ist keine leichte Aufgabe. Wie könnte sie gelingen?

Am wichtigsten wäre der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt. Meiner Erfahrung nach wollen Flüchtlinge gerne arbeiten. Leider macht die gesetzliche Vorrangprüfung diesem Vorhaben oftmals einen Strich durch die Rechnung. Hier braucht es mehr Entschlossenheit, die Potenziale von Flüchtlingen zu heben und zu fördern. Auch der Sport ist eine tolle Gelegenheit, Integration zu leben. Wenn man gemeinsam Fußball oder Basketball spielt, fördert das nicht nur die Sprachentwicklung, sondern auch den Gemeinschaftssinn und das gegenseitige Verständnis. Auch die angehenden Urban-Gardening-Projekte finde ich sehr gut, denn auf diese Weise können die Menschen ihre neue Umgebung bei der Gartenarbeit kennenlernen und für sich erobern.

Viele Flüchtlingsunterkünfte, auch die neu geplanten, liegen in bestehenden Wohngebieten. Haben Sie Tipps für eine gute Nachbarschaft?

Die Menschen sollten am besten miteinander in Kontakt treten. Wenn wir eine neue Flüchtlingsunterkunft übernehmen, versuchen wir immer, mit der Nachbarschaft ins Gespräch zu kommen. Wir stellen uns vor und machen deutlich, dass wir jederzeit für Auskünfte, aber auch Beschwerden zur Verfügung stehen. Damit signalisieren wir, dass wir auch für die Menschen vor Ort da sein wollen. Interessierten Anwohnern bieten wir an, zu uns in die Unterkunft zu kommen, damit sie selbst sehen können, wie das Leben hier abläuft und dass ihre neuen Nachbarn ihnen selbst gar nicht so unähnlich sind.

Die Fragen stellte Nicole Kiemel.



Fritz Weller, Bereichsleiter für Migration und Integration beim Caritasverband Stuttgart. Foto: Caritas

Sport verbindet

Todesangst, Hunger, Kälte und Unsicherheit – und das zum Teil monatelang. So beschreiben viele Flüchtlinge ihre Erfahrungen auf der Flucht. Neben Sicherheit und Schutz sollten wir diesen Menschen aber auch Integrationsangebote machen. Sie etwa beim Sport „in Bewegung versetzen“ und ihnen darüber die Möglichkeit geben, Kontakte in die Gesellschaft zu knüpfen.

■ Krieg und Vertreibung in ihren Heimatländern und die Hoffnung auf ein besseres Leben, das treibt derzeit viele Menschen nach Europa und auch nach Stuttgart. Die Stadt hat große Anstrengungen unternommen, die Flüchtlinge so gut es geht unterzubringen. Zum Teil – wir kennen die öffentliche Debatte alle – gegen den Protest aus der Nachbarschaft. Dies ist aber nur die eine Seite. Gleichzeitig haben sich vielerorts Initiativen und Freundeskreise gegründet, die den Flüchtlingen Unterstützung bei der Integration und beim Zurechtfinden in der neuen Umgebung bieten.

Es geht ja jetzt nicht mehr nur darum, dass die Asylsuchenden unterkommen, sondern auch darum, dass sie sich beschäftigen und Anschluss an die Gesellschaft finden. Und oft sind unsere Bezirksbeiräte ganz vorne dabei, wenn es darum geht, Ideen hierfür zu entwickeln. Aus dem Bezirksbeirat Süd kam der Vorschlag, Sportangebote für Flüchtlinge zu schaffen und ihnen so Kontakte in die Gesellschaft zu ermöglichen. Hintergrund dort ist der Zustand des Flüchtlingsheims in der Böblinger Straße, in dem vor allem auch viele junge Männer mit hohem Bewegungsdrang untergebracht sind.

UND LOS! | Diesen Vorschlag haben wir aufgegriffen und sind dabei, mit dem Sportkreis ein kurzfristiges Angebot für den Süden zusammenzuzimmern. Zudem bringen wir das Thema mit einem Antrag auch stadtweit auf den Plan. Denn es ist eine alte Weisheit, dass Sport verbindet. Und wo wäre das wichtiger als zwischen Asylsuchenden und der sie aufnehmenden Gesellschaft?

Benjamin Lauber



Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft – auch darum ging's bei der Kundgebung am 5. Januar 2015. Foto: Achim Zweygarth

ENERGIE

Gemeinsam die Energiewende voranbringen!

■ Das Ende 2014 vorgelegte Energiekonzept des Oberbürgermeisters wird die Grundlage sein, um die Energiewende für Stuttgart mit allen Beteiligten (BürgerInnen, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Energieversorgungsunternehmen, Wirtschaft, Verbänden, ...) zu diskutieren. Ohne ein breites Bündnis, einen von vielen getragenen Konsens über eine Energiewende in dieser Stadt, werden alle Ziele, die man sich bisher auf die Fahnen schrieb, bloß Ziele bleiben und weiterhin der Umsetzung harren.

ENERGIEKONZEPT: DISKUSSIONS-PHASE STARTET | Bei ihren eigenen Liegenschaften ist die Stadt, etwa mit dem Schulhaussanierungsprogramm, schon auf gutem Weg. Aber auch von den Privathaushalten und vor allem von Industrie, Dienstleistung und Gewerbe muss die Energiewende mitgetragen werden. Dazu braucht es weder Leuchtturmprojekte noch Visionen mit klangvollen englischen Namen à la Triple Zero, die nie umgesetzt wurden oder in der Versenkung verschwunden sind. Was es braucht, ist ein gemeinsames Verständnis der Stadtgesellschaft zur Umsetzung der Energiewende. Nur gemeinsam kann sie gelingen, und genau das ist die Absicht des nun vorliegenden Konzepts.

Die jetzt beginnende Diskussionsphase wird zeigen, welche Ideen aus der Stadtgesell-

schaft kommen werden. Das Konzept ist nicht fertig und schreibt auch nichts vor, sondern gibt uns allen Gelegenheit, es weiterzuentwickeln, zu konkretisieren, zu verbessern. Nicht zuletzt durch hartnäckiges Insistieren unserer Fraktion finden sich ja mittlerweile genügend Mittel für das städtische Energiesparprogramm im Haushalt, woraus sich auch eine Umsetzung der städtischen Ziele und Programme ergibt.

Das Konzept bündelt die Anstrengungen in verschiedenen Bereichen und zeigt einen Fahrplan auf hin zu einer Energiewende, zu Klimaschutz, Ressourcenschonung und nachhaltigem Wirtschaften. Für uns Grüne, die wir seit Jahren immer wieder das Energiesparprogramm, die Fortschreibung des Energieerlasses, die Nutzung von energetischen Ressourcen wie Biomüll oder Abwasserwärme gefordert haben, ist es natürlich eine Selbstverständlichkeit, bei diesem Konzept mitzuwirken. Wir sind aber auch gespannt auf die Vorschläge und Ideen aus der Stadt. Gemeinsam können wir die Wende schaffen und Stuttgart fit für die Zukunft machen.

Peter Pätzold



■ BAND IN SICHT!

Auf dem Kleinen Schlossplatz: Einst ein Highlight, dann ein jahrelanges Tauziehen um das Lichtband. Jetzt sind die Tage der Baustelle hoffentlich gezählt und die letzten Schleifarbeiten beendet. Die Feierlichkeiten zu zehn Jahre Kunstmuseum stehen vor der Tür. Also los!
A. W.



Foto: Robert Hintz

WOHNEN I

Kampagne gegen Wohnungsleerstand

■ Zusammen mit dem Jahresbescheid über die Grundbesitzabgaben 2015 wendet sich der Stuttgarter Oberbürgermeister mit der Bitte um Bereitstellung von Wohnraum an alle Hauseigentümer. Mitgeliefert werden viele Infos und die Kontaktdaten städtischer Anlaufstellen, die Wohnungseigentümern mit Rat und Tat rund um das Thema Vermieten zur Seite stehen. Zuständig für allgemeine Fragen ist das Amt für Liegenschaften und Wohnen, für Garantiemietverträge das Sozialamt, für die Vermittlung städtischer MitarbeiterInnen das Haupt- und Personalamt, für Nutzungsänderungen von Gewerbe in Wohnen das Baurechtsamt.

Sehr erfreulich ist, dass der Stuttgarter Haus- und Grundbesitzerverein als Partner gewonnen wurde und im Rahmen der Aktion auf die bei Beratung fällige Aufnahmegebühr verzichtet. Wir versprechen uns davon, dass durch die gemeinsame Überzeugungsarbeit leerstehende Wohnungen auf den Markt kommen und damit ein Beitrag zum Abbau der Wohnungsknappheit geleistet wird!

Im Unterausschuss Wohnen, der eigens zum Zweck der Vorberatung von Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel gegründet wurde, hatten sich die Vertreter aller Gemeinderatsfraktionen im Sommer 2014 auf diese Vorgehensweise verständigt.

PROBLEM ZWECKENTFREMDUNG: GEBIETSABGRENZUNG ABWARTEN! |

Über eine etwaige, vom Gemeinderat zu erlassende Satzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum, die den Eigentümern von leerstehendem Wohnraum Geldbußen auferlegt, sollte explizit erst im Frühjahr 2015 debattiert werden. Dann liegt vom Land eine Gebietsabgrenzung dafür vor, wo die Wohnraumversorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist.

Eine solche Erhebung muss das Land so wieso liefern, denn diese Zahlen bilden die Grundlage für die Umsetzung der Bundesgesetze zur Mietpreisbremse bei Neuvermietungen auf zehn Prozent und zur Deckelung von Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen auf 15 Prozent. Da macht es Sinn, dass die Stadt ebenfalls Zugriff darauf hat, bevor sie gegebenenfalls selbst mit einer Satzung in die grundgesetzlich garantierten Eigentumsrechte eingreift. Übrigens: Das Land Baden-Württemberg verlangt – zurecht – in seinen Arbeitshilfen für die Kommunen, sich mit einer sorgfältigen Dokumentation gegen mögliche rechtliche

Klagen zu wappnen und zu prüfen, ob der Wohnungsknappheit mit anderen wirtschaftlichen und zeitlich vertretbaren Mitteln begegnet werden kann.

Seitdem haben SÖS-Linke-Plus und SPD erstaunlicherweise gleich zwei Mal beantragt, dass die Stadtverwaltung umgehend eine Satzung zur Zweckentfremdung von Wohnraum vorlegen soll. Bei der Diskussion im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen ruderten sie dann aber zurück und stellten ihren Antrag gar nicht zur Abstimmung. Vorausgegangen waren ein paar Scharmützel von SÖS („Ich will, dass der Ausschuss sofort darüber abstimmt, ob es in Stuttgart eine Wohnungsnot gibt.“ Kurz darauf: „Ich will abgestimmt haben, ob es ein Wohnungsdefizit gibt.“ – ?) und einem Linken, der die rechtlichen Ausführungen des Vorsitzenden als dessen Meinung umfunktionierte, was diesen zurecht aufbrachte. Der SPD blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Fakten anzuerkennen.

Es macht ja Sinn, dass der Gemeinderat im Frühjahr zunächst prüft, ob die rechtlichen Voraussetzungen für den Erlass einer Satzung zur Zweckentfremdung überhaupt vorliegen.

DAHER AUCH VON UNS DIE BITTE: | Wenn Sie EigentümerIn einer leerstehenden Wohnung sind, nehmen Sie Kontakt zur Stadt auf und vermieten Sie wieder!

Silvia Fischer

Wohnen in Stuttgart

Leerstand vermeiden
Helfen Sie mit!



Auf gute Nachbarschaft!

Gemeinsam planen, bauen – und wohnen.

■ Die Vorteile von Baugemeinschaften haben wir schon oft beleuchtet: günstiger bauen, qualitätvolle, individuelle, energiesparende Gebäude entwickeln etc. Die sozialen Aspekte bleiben häufig unerwähnt. Ein nicht zu unterschätzender Wohlfühlwert in der manchmal großen, manchmal anonymen Großstadt ist eine funktionierende Nachbarschaft. Stimmt das direkte Umfeld, komme ich mit den Nachbarn gut aus, kann ich mehr als eine Zitrone borgen? Habe ich eine ähnliche Vorstellung vom Miteinander in einem Haus, kenne und verstehe ich die Menschen über, neben, unter mir ganz gut und sie mich, dann, ja dann fühle ich mich wohl in meiner Wohnumgebung.

Beim Einzug in eine Wohnung in einem beliebigen Mehrfamilienhaus ist das zuweilen wie im Lotteriespiel (Zufall, ob sich die Nachbarschaft verträgt!) oder benötigt große Anstrengungen aller Beteiligten. Baugemeinschaftsprojekte eröffnen ganz andere Möglichkeiten des Miteinanders als Hausgemeinschaft. Hier finden sich die Beteiligten lange bevor das Gebäude steht. Meist besteht eine Kerngruppe, die weitere MitstreiterInnen sucht und über viele Gesprächstermine Gelegenheit bietet, sich über die verschiedenen Aspekte des Lebens, des Wohnens und schließlich des Bauens auszutauschen. Dieser Findungsprozess braucht Zeit: um festzustellen, wie die anderen „ticken“, ob die Chemie stimmt, ob die Wohnvorstellungen zueinander passen. Erst danach geht es an das Planen des Objekts selbst.

MIT SONDERWOHNWUNSCH! | Soll es eine Mischung aus Jung und Alt geben? Soll im Gebäude nur gewohnt oder auch gearbeitet werden? Wie sehen die Energiesparziele aus? Wünschen MusikerInnen einen Übungsraum, soll die Haussauna zum Extra-Luxus werden? Statt Zierrasen: Gemüsegarten für die Kinder? Gemeinsam können Sonderwohnwünsche erfüllt werden, die für NormalverdienerInnen alleine nie und nimmer zu bewerkstelligen wären.

Gabriele Munk

Mit grüner Kraft gewinnen Baugemeinschaften in Stuttgart endlich an Fahrt!

Erste Projekte belegen: In der Hauptstadt der Häuslebauer haben sich die Voraussetzungen fürs gemeinschaftliche Bauen verbessert.

■ Viel ist über Baugemeinschaften schon geschrieben und gesprochen worden, reihenweise stapelt sich Literatur über gelungene Projekte, zu denen Scharen von StadtplanerInnen gepilgert sind – in, klar: Tübingen, klar: Freiburg, klar: Karlsruhe, in Hamburg, Wien, Amsterdam. Und ja, auch in Stuttgart gibt es jetzt solche Projekte. Wir Grünen fordern seit langem, die Vielfalt der Wohn- und Lebensentwürfe in der Stadt zu unterstützen. Unsere stetigen Forderungen nach Baugrundstücken für Baugemeinschaften zeigen inzwischen Wirkung: Zum ganz großen Vorzeigeprojekt entwickelt sich das Olgäle-Areal im Stuttgarter Westen. Projekte, die jetzt endlich auf den Weg kommen, findet man beispielsweise an der Bernsteinstraße in Heumaden, in der Grünen Fuge und an der Roten Wand am Killesberg oder im Schoch-Areal in Feuerbach. Und last not least werden im Neckarpark Grundstücke für Baugemeinschaften bereitgestellt. Das Areal Schwanenplatz neben dem Bad Berg stünde für Baugemeinschaften ebenfalls zur Verfügung, wenn diese Idee nicht von der früheren SPD-Fraktion plattgemacht worden wäre.

Auf die Ausschreibung für drei Baugemeinschaftsgrundstücke an der Grünen Fuge, Killesberg, haben sich sage und schreibe 51 Gruppen beworben, obwohl dort Höchstpreisgebote für die Grundstücke gefordert waren. Das große Interesse zeigt uns, dass

wir richtig liegen mit unserer seit Jahren erhobenen Forderung, diese Form des bürgerschaftlichen Bauens zu fördern und weiterzuentwickeln. Mehr Grundstücke müssen vom Gemeinderat für Baugemeinschaften reserviert werden.

VERGABEKRITERIEN FESTGELEGT, ZUSÄTZLICHE STELLE GESCHAFFEN.

JETZT GEHT'S LOS!? | Den Durchbruch haben wir 2012 erreicht. Damals wurden endlich die Vergabekriterien zur Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften definiert. Das wichtigste Kriterium, das wir durchsetzen konnten, ist die Vergabe der Grundstücke zum Festpreis nach gutachterlichem Wert statt nach Höchstpreisgebot. Grundstücke nach Festpreis sind mitnichten Geschenke an die Baugemeinschaften – die gutachterlich festgestellten Bodenpreise in Stuttgart sind keine Peanuts.

Was die Gruppen über den Kaufpreis hinaus für die umgebenden Bereiche zusätzlich an sozialen und konzeptionellen Komponenten leisten, ist enorm – und schafft Stück für Stück mehr Lebensqualität für die Quartiere. Es braucht noch mehr Grundstücke – und noch mehr Engagement der Stadtverwaltung. Seit wir eine weitere Stelle im Planungsamt installieren konnten, geht es auch deutlicher voran. Zur Begeisterung auf Seiten der Bauleute gehört eben auch Begeisterung seitens der Verwaltung.

Gabriele Munk



Öffentlicher Raum und Lebensgefühl

Aufenthaltsqualität verbessern – dieses Ziel rückt in der Stadtmitte ins Zentrum.

■ Nachdem der lange Kampf des Bezirksbeirats Stuttgart-Mitte um die Rückerobung der Altstadt und ein lebendiges Leonhardsviertel jetzt zu einer verbindlichen Planung der Verwaltung geführt hat, freuen wir uns auf die gemeinsame Umsetzung. Der Bezirksbeirat, in seiner jüngst berufenen, neuen Zusammensetzung, will sich in diesem Jahr verstärkt der überaus schlechten Aufenthaltsqualität in Stuttgarts Zentrum zuwenden. Denn wie es in der Innenstadt aussieht, wie sie tickt und lärmt, ist für das Lebensgefühl der Bewohner- und BesucherInnen von zentraler Bedeutung. An der „Rückerobung des öffentlichen Raums“ haben schon mehrere grüne Fraktionen gearbeitet. Oft kamen sie dabei einen Schritt voran, wurden dann aber genauso oft wieder zwei Schritte zurückgeworfen.

Ein Dauerthema also – aber genau deshalb sollten unsere Bemühungen nicht nachlassen!

LIEBENSWERT? ZWISCHEN ZUGEMÜLLT UND BLITZBLANK | Uns geht es um die vielen kleinen Orte im Stadtbild, die zugemüllt oder zugeparkt sind und wo es besonders laut ist. Orte, an denen Leute sich unwohl fühlen und Angst haben. Orte, die verkommen sind und nicht zum Verweilen einladen. Die Innenstadt ist zerfressen von Baustellen. Sie ist übersät mit schlecht geflickten Belägen an den schönsten Plätzen. Was wir brauchen und uns wünschen, ist eine verlässliche Aufenthaltsqualität. Die Stadt muss trotz oder gerade wegen ihres hohen Nutzungsdrucks lebenswert gestaltet sein, mit Bäumen, Radwegen, Sitzgelegenheiten. Das alles ist ja nicht nur Dekoration oder „nice to have“, sondern beeinflusst das Verhalten der Städter und Stadtbesucher. Der Zustand des öffentlichen Raums



prägt die innere Einstellung seiner BewohnerInnen, ihren Respekt und ihren Umgang mit der Stadt – und auch ihre Gleichgültigkeit. In gewisser Weise ist der Umgang mit dem öffentlichen Raum, mit seiner vielfältigen und rationellen Nutzung Beleg der Identität und Kultur einer Stadt. StadträtInnen und Stadtverwaltungen haben die politische Verantwortung, städtischen Raum bereitzustellen und zu verteidigen. Die 08/15-Ausreden, dass die Bürgerschaft halt unvernünftig sei, man nicht restriktiv sein wolle und zudem viel zu wenig Personal habe, ziehen nicht! Jedenfalls nicht auf Dauer!

SCHÖNE KONSUM-FREI-RÄUME ... | So tut es Not, den blitzblanken privaten Konsumräumen des Gerber und vor allem des Milaneo attraktive Straßenräume entgegenzusetzen. Das kommt auch dem verbliebenen Einzelhandel zugute, dessen Überleben von einer attraktiven Umgebung abhängt. Doch schon wenige Meter neben der Königstraße drohen potenzielle Kunden in den Schlaglöchern der Kronprinzstraße zu versinken und überdimensionierte Parkierungseinrichtungen verleiden den Stadtbummel. Wer kümmert sich endlich um einen neuen Belag in der Altstadt? Wer macht sich endlich mal wieder Gedanken über die Neuordnung der Kronprinzstraße? Oder über den Un-Ort unter der Paulinenbrücke neben dem niegelneuen Gerber? Derselbe Flickenteppich im Belag empfängt übrigens die Hochzeitspaare, die nach dem Standesamt beim Hans-im-Glück-Brunnen anstoßen wollen und das in schwarzen Teerlöchern tun müssen.

Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt hat seit Beginn der stadtdeckenden Stuttgart-21-Buddeleinen entsetzlich gelitten.

Baustelle Dorotheenquartier. Foto: Florian Kotthoff, Praktikant





Links außen: Das Schmuddel-Bankett im Mai 2014 für das fast vergessene Leonhardsviertel, in dem sich jetzt (wir sind zuversichtlich!) einiges zum Besseren wendet. Mitte: Mein Stadtquartier, mein Rasenquadrat. Oben rechts: Unser Dach soll schöner werden – und duften und schmecken!
Fotos: Veronika Kienzle

Gleichzeitig sind alle Vorhaben, die die Aufenthaltsqualität in der Stadt hätten verbessern können, im Sande verlaufen: Pläne, den schwer zu nutzenden Wilhelmsplatz zu optimieren oder die völlig überdimensionierte Hauptstätterstraße von den Rändern her zu beleben, sind verschoben oder ad acta gelegt. Der verkorkste Stadtgarten, die „letzte Innenstadt-Grüninsel vor der Autobahn“, schläft nach einem zaghaften Planungsbeginn wieder den Schlaf der gerechten Verwaltung. In welchem Schatten werden wir Innenstadtbewohner sitzen können, wenn die sommerlichen Temperaturen sizilianische Qualität haben werden, wie Prof. Baumüller voraussagt?

... FÜR GESUNDHEIT, LEBENSLUST! |

Zum öffentlichen Raum gehört jede Straße, jede Staffei, jede Bank. Dazu gehören aber auch die Atemluft und der Lärm. Bekanntlich wird über beides seit langem intensiv, aber leider erfolglos diskutiert. Für die zunehmend mehr Menschen, Jung und Alt, die gerne in der Stadtmitte wohnen, sind Feinstaub, Auto- und Nachtlärm nicht nur lästig, sondern gesundheitsgefährdend. Der Bezirksbeirat meint, dass man es auch hinbekommen muss, lebenslustig zu feiern und als Bewohner seine Arbeitskraft durch Schlaf zu regenerieren.

Kommunale Politik ist die Verwaltung gemeinsamer Ressourcen, des gemeinsamen öffentlichen Raums, der ja Allmende ist. 2015 hat begonnen. Nehmen wir einen neuen Anlauf.

Veronika Kienzle,
Bezirksvorsteherin
Stuttgart-Mitte



STADTKULTUR II

Stadtentwicklung weiterdenken!

Klar, jede Stadt verändert sich, auch Stuttgart. Fraglich ist nur: Wohin entwickelt sich die Stadt, und gehen die Entwicklungen in die richtige Richtung? Was wollen wir, was nicht? Höchste Zeit, darüber eine breite Debatte zu führen.

■ Dass die Entwicklung beim Europaviertel oder den Einkaufstempeln in die falsche Richtung ging, zeigt sich heute – und es ist kein Trost, das vorhergesagt zu haben. Die Stadt Stuttgart hat 2005 einen Entwurf eines Stadtentwicklungskonzeptes vorgelegt, der aber nie ausreichend diskutiert oder gar beschlossen wurde. Schade, denn auf dieser Grundlage ließe sich hervorragend über die Stadtentwicklung diskutieren. Jetzt, zehn Jahre später, wäre es an der Zeit, diesen Entwurf hervorzuholen und die Diskussion anzufangen, in was für einer Stadt wir denn leben wollen.

STADTENTWICKLUNGSKONZEPT-ENTWURF? EINE GUTE DISKUSSIONSGRUNDLAGE! | Mit einem Stadtentwicklungskonzept hätte man eine Leitlinie an der Hand, die dabei helfen könnte, die Diskussionen zur Stadtqualität zu strukturieren. Das würde das Kleinklein an mancher Stelle beseitigen und den Blick über das einzelne Objekt hinaus richten.

Denn die Stadt ist mehr als ihre Häuser oder ihre Fassaden. Sie lebt nicht zuletzt vom Raum, dem öffentlichen und privaten, zwischen ihnen.

VON DEMOGRAFIE UND DENKMALSCHUTZ BIS NAHVERSORGUNG UND MISCHNUTZUNG |

Ein Thema für die Fortschreibung des Konzeptentwurfs wäre zum Beispiel der Erhalt der gewachsenen Ortskerne und ihrer historischen Substanz. Aber auch die Stadtentwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels oder die Sicherstellung der Nahversorgung müssten beleuchtet werden. Ebenso das Thema Mischnutzung, also Wohnen und Arbeiten. Was verstehen wir darunter? Ist ein Objekt ausschließlich Büro (am liebsten kreativ), ist es Wohnraum – oder lieber doch wie früher Handwerk, Gewerbe und Wohnung gemeinsam?

Dass die Zeit reif ist, sich in Stuttgart darüber zu unterhalten, wohin sich die Stadt entwickeln soll, zeigen die vielen Diskussionsbeiträge aus der Stadtgesellschaft.

Peter Pätzold

Parken in der City: kostet!

Eine vernünftige Gebührenlösung ist gefunden. Sie gilt ab Oktober.

■ Im Jahr 2011 wurde im Stuttgarter Westen das Parkraummanagement (PRM) erfolgreich eingeführt. Dort gibt es seither weniger Parksuchverkehr, die Anwohner sind weniger Lärm und Abgasen ausgesetzt und finden wieder leichter einen Parkplatz vor ihrer Haustür. Nach Beschluss des Gemeinderats vom Dezember 2014 wird das PRM nun diesen Oktober in einem zweiten Schritt im Bezirk Mitte sowie in Teilen der Bezirke Süd und Nord eingeführt. Die vollständige Einführung in der gesamten Innenstadt und Bad Cannstatt ist bis Ende 2017 geplant. Der Blaue Brief aus Brüssel, den die Bundesrepublik unter anderem wegen der mehrfachen Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte in Stuttgart erhalten hat, zeigt nun erneut die Dringlichkeit der Einführung von Maßnahmen wie dem PRM. Es sollte aus unserer Sicht nun möglichst schnell und am besten noch vor 2017 flächendeckend eingeführt werden.

ZONE CITY | Mit der Erweiterung des PRM wird im Herbst auch die Gebührenzone City für den Innenstadtbereich in Mitte eingeführt. Dort wird deshalb eine andere Regelung notwendig, weil die Einführung des PRM rechtlich nur möglich ist, wenn ein Mangel an Parkraum für die BewohnerInnen nachgewiesen werden kann. Dies ist in der Innenstadt mit 14.000 vorhandenen Parkplätzen nicht der Fall. Trotzdem herrscht dort heute ein großer Parkdruck, und 90 Prozent aller dortigen Parkplätze werden bereits bewirtschaftet. Aus diesem Grund werden mit der Gebührenzone City nur geringfügige Änderungen durchgeführt, die gezielt den Parksuchverkehr senken sollen. Zum einen werden künftig alle Parkplätze in der Innenstadt bewirtschaftet, also auch die noch knapp 200 Gratisparkplätze. Zum anderen soll der Zeitraum für gebührenpflichtiges Parken von 20 auf 22 Uhr ausgeweitet werden. Wir sind in der Fraktion sogar der Auffassung, dass dieser Zeitraum angesichts der Öffnungszeiten von Läden und Clubs zumindest donnerstags bis samstags auf 24 Uhr verlängert werden sollte.

MIT CHANCEN ... | Der Wegfall der Gratisparkplätze und die Verlängerung der Parkraumbewirtschaftung sollen den Parksuchverkehr verringern und die InnenstadtbewohnerInnen animieren, Parkhäuser mit Nachttarifen oder den ÖPNV zu nutzen.

... UND NEBENEFFEKTEN | Dass die geplanten Änderungen auch zu einer Mehrbelastung für die BewohnerInnen der Innenstadt führen, ist unumstritten. Aus diesem Grund wird die Verwaltung den Anwohnern eine Ausnahmeregelung anbieten, die sie grundsätzlich von der Bezahlung der Parkgebühr befreit und ihnen ermöglicht, ganzjährig gebührenfrei in der Innenstadt zu parken. Anwohner können sich damit für 400 Euro eine Sondergenehmigung ausstellen lassen, die ganzjährig zum Parken berechtigt und das stündliche Gebührene zahlen überflüssig macht.

Wir sind der Meinung, dass diese Regelung sinnvoll ist, da eine zu geringe Gebühr für eine Parkflatrate einen zu großen Anreiz für die Nutzung des Autos darstellen würde. Zumal für einen Betrag von 400 Euro ohne Sondergenehmigung lediglich acht Tage gebührenpflichtig geparkt werden könnte. Vergleicht man die Kosten der Sondergenehmigung mit einem privaten Stellplatz, entsprechen diese nicht einmal drei Monatsmieten.

Da wir meinen, dass die AnwohnerInnen in Mitte nicht nur die Wahl zwischen dem Status quo und einer kompletten Parkflatrate haben sollten, haben wir uns für eine weitere „kleine Sondergenehmigung“ eingesetzt. Sie soll nur abends zwischen 18 bis 22 Uhr gelten und kann somit deutlich günstiger angeboten werden. Zudem deckt sie genau die Zeit ab, die künftig länger bewirtschaftet wird. Aufgrund unseres Vorschlags wird die Verwaltung nun diese kleine Sondergenehmigung für 150 Euro im Jahr ebenfalls anbieten.

Björn Peterhoff



AUSSTELLUNG

■ **FOKUS S – ARCHITEKTURFOTOGRAFEN SEHEN IHRE STADT**

Stuttgart ist nicht nur eine Stadt der Architekten, Stuttgart ist auch eine Stadt der Architekturfotografen. In der Ausstellung Fokus S zeigen sie ihr Stuttgart mit ihren Mitteln. Was ist das Besondere, das Eigenartige an dieser Stadt, was ist das, was Stuttgart auszeichnet?

Bis 12. März 2015 im Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, geöffnet Montag bis Freitag, 8 – 18 Uhr. Eine Ausstellung der Architekturgalerie am Weißenhof mit Unterstützung der Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen.

Stuttgart 21: Dezibel außer Kontrolle

„Denk ich ans EBA in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Zwei Zeilen, entlehnt aus Heines Nachtgedanken, umreißen ein Problem mit zwei Dimensionen: Lärm plus eine Aufsichtsbehörde, die ihrer Aufgabe nicht gerecht wird.

Die aus den Baumaßnahmen von Stuttgart 21 resultierenden Schallemissionen führen vielerorts in der Stadt zu massiven Lärmbelastungen der Anwohnerschaft. In Wangen, Untertürkheim, am Wartberg, im Nordbahnhof- und Kernerviertel bringt der Bau von S 21 jahrelange schwerwiegende Einbußen an Lebensqualität mit sich. Die Bahn AG ist nach dem Planfeststellungsbescheid 1.1 verpflichtet, dem Eisenbahnbundesamt (EBA) rechtzeitig vor Baubeginn ein Lärmschutzkonzept vorzulegen. Es muss schalltechnische Untersuchungen zum gesamten Baubetrieb in den Baugruben, den Baustraßen und Baubetriebsflächen abschnittsübergreifend enthalten und zudem alle gleichzeitig auftretenden Lärmimmissionen berücksichtigen. Daran muss sich die Bahn halten – tut sie aber nicht.

DIE BAHN TRICKST: Eine aufmerksame Bürgerin aus dem Kernerviertel hat das schalltechnische Detailgutachten der DB AG zum Trogbau mit dem in einer Pressekonferenz vorgestellten Bauablaufplan der Firma Züblin verglichen und gravierende Abweichungen festgestellt. So plant Züblin zeitgleiche Arbeiten in den Trogabschnitten 1, 16, 22 und 25, die unmittelbar neben den Wohnhäusern liegen. In der Lärmprognose der Bahn ist jedoch für den Südkopf der Lärm nur einer einzigen Baugrube auf Höhe des Planetariums berücksichtigt. Für die Baugrube 16 plant die Baufirma eine fast zweijährige Bauzeit (knapp 100 Wochen) ein, während im Schallgutachten mit nur 36 Wochen gerechnet wird. Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger den Lärm eineinviertel Jahre länger ertragen müssen. Und bei der täglichen Bauzeit geht Züblin von 13 Stunden pro Tag aus, das Schallgutachten nur von acht.

Die DB trickst, das EBA kommt seiner Kontrollpflicht nicht nach, und die Stadtverwaltung schaut hilflos zu!

S 21 UND DER LÄRMSCHUTZ – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE? In mehreren Briefen des Netzwerks Kernerviertel im Mai 2014 wurde das EBA auf diese gravierenden Missstände hingewiesen. Nach monatelangem Schweigen musste es schließlich einräumen, dass die DB ihren Verpflichtungen aus dem Planfeststellungsbeschluss nicht nachgekommen ist. Als dafür verantwortliche Aufsichtsbehörde sieht das EBA trotzdem keinen Handlungsbedarf, aktiv zu werden, vollständige Gutachten von der DB einzufordern und bis zur Vorlage derselben die Baustelle „still“-zulegen. In unserem Land mit seiner langen rechtsstaatlichen Tradition fällt es schwer, nachzuvollziehen, warum eine Behörde auch noch öffentlich zugibt, dass sie ihre Pflichten nicht erfüllen will. Was wäre los, wenn die Polizei sich einfach weigern würde, nächtliche Randalierer und Ruhestörer dingfest zu machen? Die BürgerInnen können mit Recht erwarten, dass zumindest die Maßnahmen, die im Planfeststellungsbeschluss vorgegeben sind, auch umgesetzt werden. Schließlich geht es um realistische Lärmprognosen, aus denen sich dann aktive und passive Schallschutzmaßnahmen und Entschädigungszahlungen für die Betroffenen ableiten lassen.

Die Geschichte ist noch lange nicht zu Ende. Weil der Rechtsstaat seinen BürgerInnen nicht zu ihrem Recht verhelfen will, haben diese einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der bereits am 21.10.2014 das EBA aufforderte, endlich seiner Aufgabe nach der Planfeststellung nachzukommen und eine formale Entscheidung über den erforderlichen aktiven und passiven Schallschutz auf Basis umfassender Lärmprognosen in einem ergänzenden Verfahren zu treffen. Bisher schweigt die Behörde auch dazu. Falls nach drei Monaten immer noch kein Lebenszeichen da ist, werden die BürgerInnen die Behörde gerichtlich zu einer Entscheidung zwingen müssen.

Und was macht unsere Stadtverwaltung? Richtig ist, dass das Amt für Umweltschutz bei S 21 keine Befugnis zur Bauüberwachung hat. Diese Aufgabe ist im Allgemeinen Eisenbahngesetz ausschließlich dem EBA zugewiesen. Wenn das EBA aber seine Pflichten missachtet, könnte die Stadtverwaltung diese Behörde auffordern, endlich tätig zu werden. Schließlich geht es um die Gesundheit von Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern.

FORTSETZUNG FOLGT.

Clarissa Seitz



Nicht nur dort am Wohngebiet: S-21-Bauarbeiten in Untertürkheim. Foto: Florian Kotthoff



■ EIN WINTERTRAUM?

Ökologisch ist sie unsinnig und ästhetisch nicht wirklich ein Genuss, im Zeitenlauf steht sie viel zu früh und okkupiert den schönsten Platz der Stadt: die Eisbahn. Für die Kleinen ist sie zu kommerziell, für manch Großen zu laut und nur für ganz ganz wenige ein gutes Geschäft. Da halten wir es mit den Bezirksbeiräten in Mitte und fordern das Land auf, dass die Eisbahn erst zeitgleich mit dem Weihnachtsmarkt aufgebaut und in Betrieb genommen wird – nicht schon im Herbst. M. S.

Foto: Robert Hintz



STADTKULTUR

Das neue Welthaus – ein voller Erfolg!

Schon ein Vierteljahr nach Eröffnung ist klar: Das war ein perfekter Start – in Pole Position zentral am Charlottenplatz, wo das Institut für Auslandsbeziehungen und seine ifa-Galerie seit Jahrzehnten ein Fenster zur Welt öffnen. Ein Plädoyer fürs Welthaus und ein weltoffenes Stuttgart.

■ Drei Monate in Betrieb – und bereits in dieser kurzen Zeit wird deutlich, dass nicht nur die Idee, sondern auch die Umsetzung, ein Welthaus mit Willkommenszentrum, Weltcafé und Weltladen unter einem Dach zu betreiben, ein voller Erfolg ist. Der City-Weltladen wird gut angenommen, das Weltcafé pulsiert vor lauter Gästen und mit attraktivem Programm. Die Beratungsangebote des städtischen Willkommenszentrums

bzw. des WelcomeCenters der Region Stuttgart haben es schon ins Nachtmagazin der ARD geschafft.

WILLKOMMENSKULTUR STÄRKEN!

Auch im Jahr 2015 steht Stuttgart vor der großen finanziellen und gesellschaftlichen Herausforderung, über 4.000 Flüchtlinge aufnehmen, menschenwürdig unterbringen und in die Gesellschaft integrieren zu müssen. Und der Zustrom derer, die aufgrund von Krisen und Kriegen ihre Heimat verlassen müssen, reißt nicht ab. Angesichts dieser Entwicklungen, aber auch der gefährlichen Strömungen innerhalb Deutschlands, ist es umso wichtiger, die tolerante, willkommen heißende Haltung der Stadt Stuttgart und ihrer BürgerInnen gegenüber Fremden, Flüchtlingen, Neuankömmlingen

mitten in der Stadt sichtbar zu machen. Wie Oberbürgermeister Fritz Kuhn bei der Kundgebung am 5. Januar auch ganz klar gesagt hat: In unserer Stadt gibt es keinen Platz für Diskriminierung und Rassismus.

Das Globale Klassenzimmer, bildungspädagogische Einrichtung des Welthauses, kann als außerschulischer Lernort das notwendige Wissen darüber vermitteln und dazu beitragen, dass die ganze Welt in ihrer ganzen kulturellen Vielfalt wahrgenommen wird. Es zeigt Handlungsalternativen für eine wirklich gemeinsame Welt auf. Die SchülerInnen treffen hier auf ReferentInnen, die ehemalige Fachkräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit sind, und auf Menschen aus dem „globalen Süden“.

Ungleiche Lebensbedingungen führen an vielen Orten der Welt zu Konflikten, Kriegen, zu kulturellen, ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen. Ungleiche Lebensbedingungen haben immer Benachteiligte und Profiteure als Ursache und als Ergebnis. Der Einkauf und Konsum fair gehandelter Waren, ob in den Stuttgarter Weltläden in Degerloch, Botnang, Zuffenhausen, Vaihingen, Wangen, Gablenberg oder im City-Weltladen an der Planie, bei den mobilen Verkaufsstellen oder den vielen anderen Geschäften, die Fairtrade-Waren im Angebot haben, ist daher ein wichtiger Beitrag, diese ungleichen Lebensbedingungen etwas auszugleichen.

Es liegt an jedem von uns. Je mehr faire Ware gekauft wird, desto größer die Wirkung.

Werner Wölfle,
Bürgermeister für Allgemeine
Verwaltung und Krankenhäuser



Auch die Bürgermeister-runde trifft sich gern im Weltcafé. Foto: Werner Wölfle

Kulturbauten in Stuttgart

Neben der Diskussion über den öffentlichen Raum flammt auch der Zwist um Stuttgarts Kulturbauten immer wieder auf. Blitzlichter auf Bestand und Geschichte.

■ Während die Gebäude in öffentlicher Nutzung wie Rathäuser, Verwaltungsgebäude, Schulen und Hochschulen quer über die Stadtbezirke verteilt sind, findet man Kulturbauten eher in der Stadtmitte. Manche fielen dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer, andere, wie Staatsoper, alte Staatsgalerie oder Linden-Museum, hielten stand. Zu den ersten Nachkriegsbauten zählt die Liederhalle am Berliner Platz. 1991 um einen zweiten Bau erweitert, ist sie das Zentrum des Konzertlebens in Stuttgart und zugleich ein gefragter Tagungs- und Kongressort.

KULTURMEILE UND WEITERE STREIFZÜGE | 1970 wurde der Neubau der 1944 zerstörten Württembergischen Landesbibliothek an der Konrad-Adenauer-Straße eröffnet. 1984 folgte die Neue Staatsgalerie als Erweiterungsbau von James Stirling, und einige Jahre später wurde die Kulturmeile zwischen Wagenburgtunnel und Charlottenplatz um die Musikhochschule und das Haus der Geschichte komplettiert. Mit dem Gegenüber der Staatstheater, dem Eckensee, dem Württembergischen Kunstverein, dem Schlossplatz mit Neuem und Altem

Schloss samt Landesmuseum und dem gerade zehn Jahre alten Kunstmuseum verfügt Stuttgart auch mit den vielen kleineren Theatern über ein Kulturquartier im Zentrum der Stadt, das in seiner Konzentration herausragend ist und leider durch eine grausame Verkehrsader zerschnitten wird. Bald kommt noch das Stadtmuseum dazu; es zieht in die Hülle der alten Stadtbibliothek ein, die ihren Neubau 2011 beziehen konnte. Nicht zu vergessen der Treffpunkt Rotebühlplatz, 1992 fertiggestellt als urbanes Zentrum für Volkshochschule und Musikschule, und der jetzt endlich auf den Weg gebrachte Neubau der John-Cranko-Schule.

Außerhalb des unmittelbaren Zentrums der Stadt kamen große Konzert- und Eventhallen hinzu, etwa die Hanns-Martin-Schleyer-Halle (1983) und die Porsche-Arena (2006), das Musical in Möhringen (1984), das Theaterhaus am Pragsattel (2003), dann die Automobilmuseen Mercedes-Benz (2006) und Porsche (2009). Sie sind auch jenseits des Zentrums zu Publikumsmagneten geworden. Ebenfalls außerhalb: zahlreiche Kultur- und Bürgerhäuser als Räume für Kultur und Veranstaltungen. Die freie Tanz- und Theaterszene in Stuttgart hat das „Ost“ (nur noch für kurze Zeit; was dann?), das LKA ist in Wangen.

Das Varieté auf dem Pragsattel kann jetzt spielen, das Zapata öffnet wohl bald wieder seine Pforten. Die Wagenhallen stehen vor einem Umbau und die Kreativen im Werk8 für eine kulturelle Nutzung in den Startlöchern. Die Röhre und das Kommunale Kino sind ersatzlos weggefallen.

Das ist eine ansehnliche Reihe auch an Neubauten und Neugründungen. Und trotzdem: Es gibt Engpässe, besonders in den Bereichen Konzerte und Events sowie Tagungen und Kongresse. Zudem besteht auch in vielen Häusern ein über lange Zeit aufgelaufener Sanierungsstau. Ein undifferenzierter Ruf nach einer neuen Halle für 5.000 Besucher ohne den Hauch eines Schimmers, wie und wo errichten? Das hilft genauso wenig, wie die Augen vor der Nachfrage und den Sanierungsnotwendigkeiten zu verschließen.

ENGPÄSSE UND SANIERUNGSSTAUS BEHEBEN. WELCHE? DISKUSSIONSBASIS: BESTANDSAUFNAHME! | Wir haben schon lange, zuletzt 2012 mit dem Antrag „Lang Lang, länger“, auf genau diese Situation hingewiesen und eine Bestandsaufnahme gefordert. Der damit verbundenen Diskussion stellen wir uns. Sie muss abgewogen und fundiert geführt werden.

Andreas G. Winter

Kulturmeile entlang der Konrad-Adenauer-Straße. Foto: Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtmessungsamt





Foto: Petra Rühle

KONSUMKULTUR

Fluxus – die etwas andere Einkaufsmeile

Milaneo, Gerber – in Stuttgart sind die Konsumtempel in letzter Zeit nur so in die Höhe geschossen, Verkehrsprobleme, Einheitsbrei sowie Existenzängste der restlichen Einzelhändler eingeschlossen. Dass es auch anders geht, zeigt derzeit die Calwer Passage.

■ Nach der Galleria Vittorio Emanuele in Mailand gestaltet, war die Calwer Passage zunächst eine der attraktivsten Adressen Stuttgarts. Seit 2013 steht sie unter Denkmalschutz, doch der Handel läuft schon lange nicht mehr rund. Hier fanden nun kleine, regionale Einzelhändler ein Schaufenster mitten in der Innenstadt: die Temporary Concept Mall Fluxus, die seit dem 1. November 2014 unter dem Motto „Fashion, Art, Design, Zeitgeist“ der ganz zentral am S-Bahn-Halt Stadtmitte gelegenen Ladenzeile neues Leben einhaucht. Sie bietet Second-Hand, Kunsthandwerk, Handarbeit und regionale Spezialitäten wie selbstgemachte Marmelade vom Killesberg, einen Mädchenflohmarkt, den Second-Hand-Shop Obscür, aber auch die Kunstgalerie und das Café Bohème. Und den StuttgarterInnen eine Einkaufsmöglichkeit jenseits von großen Ketten und Einkaufs-Einheitsbrei.

Das Fazit der Ladeninhaber ist positiv und die Publikumsfrequenz hoch, was bei einigen sogar schon zu Nachschubproblemen führt. Handgearbeitetes braucht eben mehr Zeit als Fließbandproduziertes.

MEHR ZEIT FÜR DIE TEMPORÄRE LADENZEILE | Zwar läuft die Mall, anders als etwa in Berlin, in Stuttgart weiterhin als Zwischennutzung – aber besser eine temporäre als gar keine Nutzung. Und weil das Konzept mit den 16 heimischen Ladengeschäften so erfolgreich ist, wird die Interimslösung nun verlängert: auf Ende 2015. Wie es danach mit der denkmalgeschützten Calwer Passage weitergeht, ist noch unklar. Doch eines hat Fluxus bereits jetzt gezeigt: Dass auch inhabergeführte kleine Läden abseits vom Mainstream auch in der Innenstadt funktionieren können. Grundlage ist allerdings die Bereitschaft der Vermieter, hier mit bezahlbaren Mieten entgegenzukommen. Zum Schluss noch eine weitere gute Nachricht für alle, die bewusster einkaufen möchten: Am Schlossplatz eröffnet Mitte Februar ein Greenality-Laden mit ökologischer und fairer Mode.

Petra Rühle



CLUBKULTUR

Endlich Good News

Die Stellplatzablöse sinkt. Angesehene Clubs mussten Stuttgart 21 weichen, Live-Events mittlerer Größe finden in Stuttgart kaum Platz. – Ein Überblick über die aktuelle Lage.

■ Für die Stuttgarter Clubkultur endete das Jahr 2014 mit einer guten Nachricht: Tanzlokale werden bei der Stellplatzablöse künftig gleich behandelt wie Gaststätten. Die Neuregelung wird voraussichtlich zum 1.4.2015 in Kraft treten. Für die Stuttgarter Clublandschaft ist das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber sonst?

SCHLUSS MIT LUSTIG! | Insbesondere durch das Bahnprojekt Stuttgart 21 mussten in Stuttgart in den letzten Jahren einige lange Zeit bewährte Clubs ihre Pforten schließen. So stellten die deutschlandweit bekannte Röhre und der Landespavillon als direkte Folge der Baumaßnahmen ihren Betrieb ein, das Rucker 33 musste das H7-Gebäude verlassen und konnte nur über eine Zwischennutzung noch eine Zeitlang weiterbestehen. Auch andere Clubs wie das Zapata oder das Kim Tim Jim mussten ihren Betrieb einstellen.

Für die Stuttgarter Clubkultur bedeutete all dies nicht nur den Verlust der Vielfalt des abendlichen Angebots, sondern auch den Verlust an Live-Spielstätten. Inzwischen gibt es in Stuttgart einen großen Mangel an Konzertflächen mittlerer Größe. Wenn sich daran nichts ändert, ist Stuttgart nicht nur in seinem Angebot weniger attraktiv, sondern verschwindet mittelfristig auch von der Konzertlandkarte. Denn Booking-Agenturen gehen nur in Städte, in denen sie für alle ihre Bands passende Spielstätten vorfinden; sie benötigen also kleine, mittlere und große Spielstätten. Fehlen die mittleren Konzertflächen, wird auch das Angebot bei großen

... für die Stuttgarter Clubs

und kleinen Konzerten abnehmen. Es droht ein großer Verlust für Stuttgarts Musikkultur.

Um solche Negativeffekte für den Kulturstandort Stuttgart zu verhindern, sollte die Stadt solche Rahmenbedingungen schaffen, die neue Konzertflächen entstehen lassen. Zum einen müssen geeignete Flächen geschaffen bzw. zugelassen werden, und zum anderen gilt es, die Hürden zur Eröffnung von Livespielstätten zu senken.

UNFAIRE UNGLEICHBEHANDLUNG AUSGERÄUMT | Eine wichtige Hürdensenkung war nun die Änderung bei der Regelung der Stellplatzablässe. Heute müssen bei der Neueröffnung von Tanzlokalen Stellplätze nachgewiesen werden; Beispiel: bei einem Club mit der Größe von 500 Gästen 83 Stellplätze. Können diese nicht nachgewiesen werden, müssen rund 12.000 Euro

Ablöse pro Stellplatz entrichtet werden; das ergibt bei diesem Beispiel fast eine Million Euro. Diese Hürde macht eine Investition in einen Club nahezu unmöglich, vor allem, da für Brand- und Lärmschutz weiteres Geld benötigt wird.

Bei Gaststätten hingegen kann ein ÖPNV-Bonus auf die Stellplätze angerechnet werden, der nach Landesrecht jedoch nicht für Tanzlokale gilt. Der Bonus berücksichtigt, wie gut das Lokal an den öffentlichen Nahverkehr angebunden ist. In der Innenstadt reduziert sich dadurch die notwendige Anzahl der Stellplätze um 70 Prozent. Die finanzielle Hürde zur Eröffnung von Gaststätten ist also deutlich niedriger.

Die Neuregelung korrigiert nun eine lange bestehende Benachteiligung und passt die Stellplatzablässe bei der Eröffnung von Tanzlokalen an jene von Gaststätten an.

Die Stadt verbessert damit die Rahmenbedingungen für eine Club-Eröffnung deutlich und setzt zugleich eine alte Forderung der Grünen Jugend um: Diese hatte bereits während der OB-Wahl mit Blick auf die prekäre Situation der Stuttgarter Clubs auf den Missstand hingewiesen.

WEITERE SCHRITTE | Natürlich löst die Neuregelung nicht alle Probleme; sie lässt aber darauf hoffen, dass sich die Situation der Stuttgarter Clubkultur wieder verbessert. Welche weiteren Maßnahmen zum Hürdenabbau und Schaffen von Freiräumen für die Club- und Konzertkultur sind denkbar? Welche davon werden in anderen Städten bereits umgesetzt? Einen Überblick hierüber gebe ich im nächsten STADTBLATT.

Björn Peterhoff

■ FEHLPLANUNG? I WO – RICHTIG STILLE ÖRTCHEN!

Der Gang zur Toilette ist im Einkaufsriesen Milaneo mit einer kleinen Odyssee durch verschiedene Gebäudeteile verbunden. Wer das stille Örtchen dann endlich erreicht hat, findet es wenig still: Vor allem Kundinnen erwartet eine lange Schlange – na da ist was los! Kein Wunder, bei sage und schreibe 14 Damenklos im gesamten Center. Wer es ruhiger mag, der kann sich jetzt auch vor dem Center erleichtern. Aber nein, frau soll sich nicht etwa in die Büsche schlagen (die gibt es rund ums Milaneo eh nicht), sondern mit dem Toilettenwagen im Freien vorliebnehmen. Zugegeben, dort ist es wenig komfortabel – dafür aber ungestört. *N. K.*



Foto: Redaktion

Arbeitsmarktpolitik: Stuttgart ist Optionskommune – nutzen wir diese Chance!

Das Jobcenter bekommt ein neues Leitbild.

Im Frühjahr findet hierzu eine Schwerpunktsitzung von Wirtschafts- und Sozialausschuss statt, auf der wir Grünen viele Fragen zum Jobcenter und seinen Zielen und Aufgaben diskutieren möchten. Einblicke in die grüne Frageliste.

■ Seit 2012 ist die Stadt Stuttgart Optionskommune – was bedeutet, dass die Leistungen der einstigen Sozialhilfe und des ehemaligen Arbeitslosengelds II in einer Hand bei einem städtischen Amt gebündelt sind. Das Geld für die Leistungen stammt teilweise vom Bund, teilweise von der Stadt. Politisches Ziel dieser und der vorangegangenen Bundesregierung war die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Das Geld vom Bund ist daher grundsätzlich an definierte Maßnahmenangebote, Zielvereinbarungen und Verfahrensvorgaben gekoppelt, die dieses Ziel stützen. Wir fragen: Eignen sich diese Vorgaben für Stuttgart?

„LANGLEISTUNGSBEZIEHER“ HAT STUTTGART SEIT LANGEM VIELE. |

Das Jobcenter war im Juni 2013 zuständig für rund 21.500 Bedarfsgemeinschaften (z. B. Familien) mit rund 28.700 erwerbsfähigen und rund 10.900 nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (z. B. Kinder). Wichtig ist, dass in den letzten zwei Jahren ca. 18.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte mindestens 21 Monate lang Leistungen bezogen haben. Dieser seit Jahren unverändert hohe Anteil an Langleistungsbeziehern – trotz guter Beschäftigungslage und trotz Integration von jährlich 6.000 bis 7.000 Personen in den ersten Arbeitsmarkt – ist eine Stuttgarter Besonderheit. Bei diesen Leistungsbeziehern handelt es sich um eine heterogene Gruppe: von Eltern, denen nur der Kita-Platz fehlt, bis Personen mit multiplen Vermittlungshindernissen. Grünes Ziel ist, *alle* Kunden des Jobcenters bestmöglich zu unterstützen!

WELCHE HANDLUNGSSPIELRÄUME HAT STUTTGART ÜBERHAUPT? |

Wir Grünen haben uns für die Optionskommune eingesetzt, um die lokale Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik zusammenzuführen. Im Augenblick sieht es so aus, dass auf Kunden-seite die Zahl der Langleistungsbezieher trotz guter Konjunktur seit Jahren mehr oder weniger unverändert bleibt. Auf Anbieter-seite gibt es – nicht zuletzt durch die Vergabepraxis – in Stuttgart immer mehr bundesweit operierende Unternehmen. Dies, zusammen mit immer engeren Maßnahmen-

vorgaben, führt dazu, dass die Stuttgarter Träger Maßnahmen für bestimmte Kundengruppen des Jobcenters zusammenstreichen und in anderweitig finanzierte Maßnahmen (etwa durch Rententräger) ausweichen. Auf Seiten des Bundes wurde im Vergleich zum vergangenen Jahr das Eingliederungsbudget erstmals nicht gekürzt und zudem ein Konzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit vorgestellt. Das lässt hoffen!

GRÜNER BLICKWINKEL AUFS JOB-CENTER |

Für ein neues Leitbild wollen wir bei der Schwerpunktsitzung von Wirtschafts- und Sozialausschuss im Frühjahr 2015 die zwischenzeitlich aufgelaufenen Themen und Fragestellungen zur Diskussion stellen. Der Gemeinderat hat als kommunales Ziel festgelegt, dass Männer und Frauen entsprechend ihrem Anteil gefördert werden sollen. Obwohl dies geschieht, weichen die Integrationsquoten von Männern und Frauen im Verhältnis drei zu zwei voneinander ab. Hier gilt es, die Ursachen gendersensibel zu analysieren mit dem Ziel, dass eine paritätische Arbeitsmarktintegration von Männern und Frauen erreicht wird.

Zu den Fragen, denen wir Grünen überdies nachgehen, gehören: Welchen Erfolg, gemessen an der Integration in den ersten Arbeitsmarkt, haben die einzelnen Maßnahmen? Was soll Kunden angeboten werden, die eher eine Beschäftigungsförderung benötigen? Können die Maßnahmen dafür flexibel genug ausgestaltet werden oder braucht es neue Instrumente? Welche Maßnahmen kann das Jobcenter für Kunden mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Sucht, Obdachlosigkeit, ehemalige Strafgefangene) anbieten? Wie kann über den Weg der Beschaffungen erreicht werden, dass die bestmögliche Maßnahme für die Klienten den Zuschlag erhält?

Andrea Münch



■ **ZWEI APFELBÄUME ZUR ERINNERUNG**
 „Welch schönes Jenseits / ist in deinen Staub ge-
 malt. / Durch den Flammenkern der Erde, / durch
 ihre steinerne Schale / wurdest du gereicht, /
 Abschiedswebe in der Vergänglichkeiten Maß.“
 Mit diesen Zeilen aus dem „Schmetterling“ von
 Nelly Sachs beschloss die Fraktionsvorsitzende
 Anna Deparnay-Grunenberg die Baumpflanz-
 aktion für die im Juli 2014 verstorbene Alt-
 stadträtin Doris Peppler-Kelka. Ein Danziger
 Kantapfel und eine Gewürzluke stehen nun seit
 November am Birkacher Osthang in Gedenken
 an die Mitbegründerin des Vereins Stutt-
 garter Apfelsaft. Gespendet wurden die
 Bäume von der grünen Ratsfraktion und
 der Initiative Hoffeld-West. N. K.



Foto: Redaktion

PERSONALPOLITIK

Frauen ins Topmanagement! Es tut sich was!

626 Männer und 37 Frauen – das ist die traurige Realität in den Vorständen aller in Dax, M-Dax, S-Dax und Tec-Dax gelisteten Unternehmen. Unter dem grünen OB Fritz Kuhn soll sich das im Konzern Stadt Stuttgart ändern. Für Führungspositionen bewerben, lohnt sich bei der Stadt jetzt auch für Frauen!

■ Alle Jahre wieder wird anlässlich der Vorstellung des städtischen Beteiligungsberichts in den Stuttgarter Medien ausgiebig über die Gehälter der „Spitzenverdiener“ im Konzern Stadt Stuttgart berichtet. Es gäbe zwar manches Interessanteres zu übermitteln aus diesem in der jüngsten Fassung knapp 400 Seiten starken, unter www.stuttgart.de/beteiligungsbericht veröffentlichten Bericht über die städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften; der Appell an den Neidreflex funktioniert medial offensichtlich aber immer noch am besten. Zwar verdienen manche der Vorstände und Geschäftsführer tatsächlich deutlich mehr als im öffentlichen Dienst üblich – beispielsweise deutlich mehr als der Oberbürgermeister, die Bürgermeister oder die Amtsleiter. Neid ist angesichts der Vorstands- und Geschäftsführerbezüge in der privaten Wirtschaft, gegen die sich die Stadt Stuttgart im Wettbewerb um kompetente Fach- und Führungskräfte behaupten muss, aber sicher nicht angebracht.

Wesentlich diskussionswürdiger erscheint hingegen, dass unter den Vorständen und Geschäftsführern städtischer Unternehmen nach wie vor kaum Frauen zu finden sind; unter den „Spitzenverdienern“ findet sich sogar überhaupt keine Frau. Hier unterscheidet sich der Konzern Stadt von der Privatwirtschaft leider viel zu wenig. So gibt es einer aktuellen Erhebung von Ernst & Young zufolge in den Vorständen aller in Dax, M-Dax, S-Dax und Tec-Dax geführten Unternehmen 626 Männer und 37 Frauen. An der Spitze all dieser Unternehmen gibt es sogar nur eine einzige Frau. An dieser Situation hat sich beim Konzern Stadt Stuttgart nun etwas geändert!

STUTTGARTER STRASSENBAHNEN AUF DER ÜBERHOLSPUR | Unter dem grünen Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz Kuhn ist es erstmals gelungen, bei der altherwürdigen SSB AG zwei Frauen in den dreiköpfigen Vorstand zu berufen, die im Laufe des nächsten Jahres die Nachfolge der beiden ausscheidenden Vorstände antreten werden. Mit Dr. Sabine Groner-Weber als zukünftiger Arbeitsdirektorin und Stefanie Haaks als künftiger kaufmännischer Vorständin konnten zwei hochqualifizierte ÖPNV-Managerinnen für diese wichtigen Führungsaufgaben im Stuttgarter ÖPNV gewonnen werden, die zu einer guten Entwicklung der SSB und der nachhaltigen Mobilität in Stuttgart beitragen werden. Wir Grünen im Rathaus

freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den beiden ersten „Spitzenverdienerinnen“ im Konzern Stadt Stuttgart. Und wir sind überzeugt: Die Tatsache, dass sich Haaks und Groner-Weber ausgerechnet in der Männerdomäne SSB AG und ihrem – natürlich männerdominierten – Aufsichtsrat durchsetzen konnten, wird weit über die Grenzen Stuttgarts hinaus aufmerksam registriert und hat hoffentlich Signalwirkung nach innen und außen.

SIGNALWIRKUNG! UND EIN PLUS FÜRS IMAGE! | Für eine Führungsposition bewerben, lohnt sich bei der Stadt Stuttgart auch für eine Frau! Wenn sich dieses Leitbild grüner Politik langfristig und wirksam durchsetzt, werden die Stadt Stuttgart und ihre Beteiligungsunternehmen auch in Zeiten des Fachkräftemangels hervorragende Bewerbungen bekommen und über hochqualifiziertes Führungspersonal und einen ausgezeichneten Ruf als Arbeitgeber verfügen.

Bis dahin ist es zwar immer noch ein weiter Weg, und die Realität ist leider noch nicht so „grün“, wie wir uns das wünschen. Die jüngste Entwicklung bei der SSB ist aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Jochen Stopper



Kein Kind darf verlorengelassen! Erzieherische Hilfe

Überblick über Ansätze des Jugendamts und Entwicklungen in der Gesellschaft

■ Derzeit leben rund 54.609 Familien mit 88.974 Kindern unter achtzehn Jahren in Stuttgart. Aktuell gibt die Stadt ca. 515 Euro pro Kind/jungem Menschen aus. Dies ist im Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Größe ein mittlerer Wert. Im Jahr 2011 gab es zwischen den Fachleuten der zehn Beratungszentren „Jugend und Familie“ des Jugendamts und Stuttgarter Familien rund 9.500 Kontakte, davon 3.465 mit Hilfen zur Erziehung (HzE). Die HzE setzen sich zusammen aus einer breiten Palette unterschiedlichster Angebote und müssen möglichst individuell auf die jeweilige Familie zugeschnitten werden. Sie beinhalten Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, Vollzeitpflege, Heimerziehung und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder sowie Hilfe für junge Volljährige (bis 21 Jahre). Die Zahl der angefragten Erziehungshilfen ist in den letzten Jahren relativ stabil geblieben; seit 2003 hat sie sich um 4,5 Prozent (149 Fälle) erhöht.

NEUES KONZEPT: MEHR UMSICHT, MEHR EIGENVERANTWORTUNG | Um für die Familien erfolgreiche und für die Stadt kosteneffiziente Jugendarbeit zu leisten, hat das Jugendamt die HzE zwischen 1998 und 2005 grundlegend umgestellt. Es nahm eine sozialraum- und lebensweltorientierte Ausrichtung in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in den Blick: Nicht mehr nur der Einzelne, sondern das gesamte Familiensystem in seiner persönlichen Umgebung wurde in den Beratungs- und Unterstützungskontext einbezogen. Mit dieser Neukonzeption wird die Eigenverantwortung und -aktivität der Kinder, Jugendlichen und Familien gestärkt.

Die Betroffenen werden nicht aus ihrem Lebensumfeld gerissen, die Verbindungen zu Freunden und zur Schule bleiben erhalten. Diese Form der sozialen Arbeit hat sich in Stuttgart inzwischen etabliert, galt in den Anfangsjahren als Vorreiter in der gesamten Region und hat heute viele Nachahmer. Konkret wird so vorgegangen, dass die Familien innerhalb des Prozesses eigenständige Lösungsideen entwickeln, diese dann mit Unterstützung des Jugendamts in ihrem Lebensraum umsetzen und so die Familie und das betroffene Kind stabilisieren. Wenn stationäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen nötig ist, dann sollten auch diese im nahen Umfeld möglichst gemacht werden.

In der Praxis gestaltet sich dieses Vorgehen aber nicht immer einfach und ist durchaus ein Balanceakt zwischen den Erwartungen der Betroffenen und den Anforderungen an die Fachleute.

AKTUELLE STUDIE: PROBLEMKONSTELLATIONEN IM BLICK | Zwei Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen soll an dieser Stelle besondere Beachtung geschenkt werden. Der Betrachtung zugrunde liegt eine groß angelegte Studie aus dem Jahr 2013 des Kommunalverbands für Jugend und Soziales, die sich auf die Lebenslagen von Kindern in Baden-Württemberg bezieht. Da die Problemlagen grundsätzlicher Art sind, lassen sie sich auch auf Stuttgart übertragen.

Die Untersuchung betrachtet Familien mit Kindern, mit und ohne SGB-II-Bezug (erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher). Dabei zeigte sich, dass jedes 18te Kind, das bei Eltern aufwächst, die SGB-II-Empfänger sind, zumindest zeitweise von einer Heimunterbringung betroffen ist. Im Gegensatz dazu ist nur jedes 406te Kind, das bei einer

Familie aufwächst, die *keine* SGB-II-Leistungen bezieht, von einer Unterbringung im Heim betroffen. Das zeigt, dass das Aufwachsen in sozial benachteiligten Lebensverhältnissen mit einer deutlich erhöhten Wahrscheinlichkeit korreliert, dass (teil-)stationäre Jugendhilfe in Anspruch genommen wird.

Im zweiten Beispiel betrachtet die Untersuchung Familien mit Kindern, die in unterschiedlichen Lebensformen aufwachsen. Festgestellt wurde, dass es einen erheblichen Einfluss auf die Inanspruchnahme von Jugendhilfe hat, ob Kinder bei beiden leiblichen Eltern, bei einem Elternteil oder in einer Stiefelternkonstellation aufwachsen. So erhält eines von 690 Kindern, die bei beiden leiblichen Elternteilen aufwachsen, Erziehungshilfe. Dagegen erhält eines von 36 Kindern HzE, die bei nur einem Elternteil leben. Wachsen Kinder in Familien auf, die aus einem leiblichen Elternteil und dessen neuer/m Partner/in besteht, erhält bereits jedes 13te Kind HzE.

VORSICHT, STIGMA! | Das ist ein Untersuchungsergebnis, das in unserer pluralistischen Gesellschaft auf den ersten Blick mehr als erstaunlich wirkt! Wichtig dabei ist, dass bei der Interpretation nicht der Fehler gemacht wird, zu folgern, dass Familien mit SGB-II-Bezug, alleinerziehende Eltern oder Eltern in neuen Partnerschaften ihre Kinder nicht gut erziehen oder sich nicht um ihre Kinder sorgen möchten. Vielmehr zeigt es, dass es kein exotischer Sonderfall ist, zum Adressaten von erzieherischen Hilfen zu werden. Denn meist sind die betroffenen Familien stark erhöhten Belastungs- und Problemfaktoren ausgesetzt, die das Familiensystem überfordern und so vermehrt zur Nachfrage von unterstützenden Hilfen führen.

n in Stuttgart

Die Schlussfolgerung für uns KommunalpolitikerInnen muss sein, dass wir uns für verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen bei Familien einsetzen müssen, damit uns kein Kind verlorenght. Denn wenn Familien unabhängig von staatlichen Lebenssicherungen sind, also die Sicherheit eines angemessenen Arbeitsplatzes, die Möglichkeit sich weiter fortzubilden, eine bezahlbare und gute Wohnung zu haben, ist das für Kinder und Jugendliche die beste Prävention.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



AUS DEN BEZIRKEN: IN GANZ STUTTGART



Langer Atem lohnt!

Dank an die Bezirksbeirätinnen und -räte!

■ Wer zehn, 15 oder gar mehr als 20 Jahre in einem Bezirksbeirat sitzt, hat die Politik vor Ort in den Bezirken entscheidend geprägt und mitgestaltet. Wer so lange dabei ist, zeigt, dass er einen langen Atem hat, um auch zähe Themen zu bearbeiten. So hat es zum Beispiel gut 20 Jahre gedauert, bis der Marktplatz in Bad Cannstatt autofrei geworden ist.

THEMEN AUF DIE AGENDA SETZEN UND - DRANBLEIBEN | Ohne die langjährige Arbeit vor Ort wäre unsere grüne nachhaltige Politik gar nicht möglich. Denn ohne diese lange Arbeit der einzelnen Bezirksbeirätinnen und -räte wäre manches Thema vor Ort nicht umgesetzt, vielleicht

nicht einmal thematisiert worden. Daher war es für uns selbstverständlich, langjährige Mitglieder wie Reiner Götz, Peter Mielert, Christa Tast oder Britta Werber für ihre gute und dauerhafte ehrenamtliche Arbeit zu ehren und ihnen vor allem zu danken.

Die Arbeit in den Bezirksbeiräten vor Ort ist für uns als Fraktion wichtig und eine Grundlage für unsere Arbeit hier im Rathaus. Deshalb auch an dieser Stelle noch einmal vielen Dank *allen* grünen Mitgliedern der Bezirksbeiräte, egal ob sie ein Jahr, fünf, zehn, 15 oder noch mehr Jahre dabei sind.

Peter Pätzold

Die Fraktionsvorsitzenden Peter Pätzold (links) und Anna Deparnay-Grunenberg (dritte von links) mit den ausgezeichneten grünen BezirksbeirätInnen Walter Schnee, Thomas Plagemann, Christa Tast, Gerhard Föll, Peter Mielert, Britta Weber, Joachim Ruck, Roland Hartmann, Eberhard Schweizer und Reiner Götz. Foto: Redaktion



Foto: Redaktion



Der Künstler und Medien-Designer Matthias Jung hat das vielfältige Angebot im Stuttgarter Westen gekonnt zusammengefasst. Collage: Matthias Jung, www.zabadu.de

S-WEST

Einkaufszentrum? Im Westen mal anders!

HERZLICHE EINLADUNG! | Wenn Sie, liebe Leserin und lieber Leser, nach den Weihnachtsfeiertagen und dem Rummel in den neuen Einkaufszentren Milaneo und Gerber genug von all dem haben, möchte ich Sie ins „Einkaufszentrum West“ einladen. Statt den auf der ganzen Welt gleichen Läden finden Sie in unserem Stadtbezirk noch viele individuelle und inhabergeführte Geschäfte; gute Beratung, Qualität und Service wird garantiert.

Wer besonders kreative Produkte sucht, wird auch in den vielen kunsthandwerklichen Betrieben fündig. Einen guten Überblick darüber bietet der jedes Jahr im Herbst stattfindende Aktionstag „Schätze des Westens“ (mehr dazu im Internet unter www.schaetze-des-westens.de), aber auch das frühlingsliche „Ladenhopping am Hölderlinplatz“ oder kurz darauf die „Kornbergmeile“ (www.kornbergmeile.de).

Der Bezirksbeirat Stuttgart-West unterstützt diese Initiativen nach Kräften, sichern sie doch die Attraktivität unseres Stadtbezirks. Am Hölderlinplatz konnte durch die Umgestaltung des Straßenraums in den letzten Jahren auch viel für den dortigen Einzelhandel erreicht werden. Für die Einkaufsmeile Schwabstraße steht dies noch aus.

Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West





Filderbahnplatz

■ Der Filderbahnplatz mit dem alten Bahnhof und dem neuen Bürgerhaus ist ein attraktiver und zentraler Ort in Möhringen. Er ist mit U-Bahn und Bus gut angebunden, bietet Fahrradstellplätze, -werkstatt und Pedelec-Station und ist somit bestens geeignet, um ihn zu einem intermodalen Verkehrsknoten weiterzuentwickeln.

FLÄCHENVERKAUF: NEUE CHANCE FÜR INTERMODALEN VERKEHRSKNOTEN |

Nach dem Verkauf der Flächen rechts und links der Schienen stellt sich nun die Frage nach der Zukunft. Ein Konzept für die beiden Grundstücke südlich des Bahnhofs fehlt bislang. Im Stadtbezirk gibt es Gemeinbedarfe, die am Filderbahnplatz gut aufgehoben wären. Eine Kita, die Musikschulaußenstelle und die Stadtteilbibliothek benötigen mehr Raum. Auch gibt es Bedarf an barrierefreiem Wohnraum mit stationärer Betreuung.

Doch auch die grüne Gestaltung des Filderbahnplatzes, der öffentliche Raum, ist wichtig. Daher ist die Bebauung des Grundstücks zwischen Bahnhof und Bürgerhaus fürs Stadtbild durchaus problematisch: Laut Bebauungsplan wäre hier ein mehrgeschossiges Gebäude möglich, was die bisher guten Sicht- und Wegebeziehungen zum Bürgerhaus unterbrechen und den attraktiven Freiraum zwischen Bürgerhaus und Gleisanlagen stark einschränken würde. Auch die barrierefrei zu erreichende Bushaltestelle direkt am Bahnhof würde durch eine Bebauung dieses Flurstücks wegfallen.

Nun müssen Stadt und neue Eigentümer gemeinsam ein mit Bezirksbeirat und Bürgerinnen und Bürgern abgestimmtes Konzept entwickeln, das die dringend benötigten Gemeinbedarfsflächen wie auch nötige Freiflächen einschließt und die geänderte bauliche Situation am Filderbahnplatz berücksichtigt. Den Bahnhofsbereich gilt es, als attraktives Aushängeschild für den Stadtbezirk und als Verkehrsknoten zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hierfür sind die Fahrrad-, E-Bike- und Pedelec-Infrastruktur wie auch der problemlose Umstieg auf Bahn und Bus unerlässlich.

Petra Rühle



Fuß vom Gas!

■ Weil sich Kinder im Straßenverkehr oft unvorsichtiger verhalten als Erwachsene, kommt es gerade vor Schulen immer wieder zu gefährlichen Situationen. Jetzt müssen Autofahrer auch vor Degerlocher Schulen den Fuß vom Gas nehmen – endlich!

An der Albstraße in Degerloch befinden sich gleich drei Schulen: die Grundschule Albstraße, die Fritz-Leonhardt-Realschule und das Wilhelmsgymnasium. Weil die Albstraße eine sog. Vorbehaltsstraße mit Buslinienverkehr ist, galt hier Tempo 50, während in allen Nebenstraßen die Höchstgeschwindigkeit bei 30 km/h liegt. Auch an der zweiten Degerlocher Grundschule, der Filderschule in der Hoffeldstraße, sah die Situation nicht besser aus: Auch sie liegt an einer Hauptverkehrsstraße mit Busverkehr und folglich Tempo 50.

Dass es gerade an Schulstandorten keine verkehrsberuhigenden Maßnahmen gab, leuchtete vielen Eltern in Stuttgart und auch uns Grünen nicht ein. Erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit SSB und Stadtverwaltung haben es Eltern gemeinsam mit der Politik geschafft, dass alle Schulstandorte in Stuttgart, die an Vorbehaltsstraßen liegen, auf Verkehrssicherheit und mögliche Geschwindigkeitsbegrenzungen geprüft wurden. Für insgesamt 32 Schulen wurden Machbarkeitsstudien durchgeführt.

ENDLICH TEMPO 30! | Seit Herbst 2014 dürfen Autos und Busse zu Schulzeiten (Montag bis Freitag von sieben bis 18 Uhr) auch in Degerloch nur noch 30 km/h fahren. Als Begleitmaßnahme zeigen Tempotafeln jedem Vorbeifahrenden die Geschwindigkeit an. Langer Atem führt eben doch zum Erfolg!

Beate Schiener



Foto: Redaktion



Kein Vollanschluss!

■ Im Sommer 2014 schlug das Wirtschaftsreferat vor, für einige Millionen Euro eine weitere Abfahrt von der B 27 ins Gewerbegebiet Tränke zu bauen. Dieser Vorschlag schlug bei der Degerlocher Bürgerversammlung im Oktober hohe Wellen. Welchen Sinn eine derartige Maßnahme macht, konnte den BürgerInnen nämlich nicht erklärt werden. Vielmehr wurde offensichtlich, dass mit dem Vollanschluss Verkehr von der B 27 in die Degerlocher Wohngebiete verlagert würde. Um die Anwohner vor dem neuen, selbstgemachten Durchgangsverkehr zu schützen, sollten Begleitmaßnahmen untersucht werden. Doch ob derartige und dazu auch noch nicht gerade kostengünstige Maßnahmen tatsächlich funktionieren, bezweifelten sogar Gutachter.

Betrachtet man das Konzept für den Vollanschluss, klingt alles immer mehr nach Schildbürgerstreich. Deshalb: kein Vollanschluss! Das gesparte Geld könnte man deutlich sinnvoller einsetzen, die teuren Begleitmaßnahmen entfielen ebenfalls, und alles zusammen ließe die DegerlocherInnen ruhiger schlafen. Wir hoffen, dass dieser Versuch, Verkehr von einer Bundesstraße in Wohngebiete zu verlagern, keine Fortsetzung finden wird. Wir bleiben weiterhin wachsam!

Beate Schiener





Erholung auf der Waldau finden!

■ Seit Jahren wollen wir das Sport- und Erholungsgebiet Waldau attraktiver gestalten und für den vereinsunabhängigen Sport öffnen. Als erster Schritt folgte 2012 die offene Planungswerkstatt mit BürgerInnen. Neben der Vergrößerung des Parkplatzes am Gazistadion und Parkplätzen für die Eiswelt muss jetzt etwas für die Erholung suchende Bevölkerung und die Aufenthaltsqualität auf der Waldau getan werden!

PARKPLATZ STICHT FREIGELÄNDE?

Im letzten Haushalt wurden nur Gelder für die Haupttribüne des Gazistadions und eine Rasenheizung beschlossen. Der geplante zentrale Platz, ein Aufenthaltsbereich für BürgerInnen, Jung und Alt, fand keine Mehrheit im Gemeinderat, obwohl wir Grünen uns sehr dafür eingesetzt hatten. Erfreulich war in den Haushaltsberatungen hingegen der Beschluss der Planungsmittel für die lang ersehnte Ballsporthalle auf der Waldau, die immerhin Patz acht im Bürgerhaushalt 2013 erreichte. Vorgesehen ist die Halle auf dem aufgelassenen Tennenplatz der TSG nördlich des Vereinsheims „Halbzeit“. Der Kauf des Vereinsheims durch die Stadt eröffnet jetzt die Chance zur Umstrukturierung des Areals mit einem verkehrsfreien Boulevard. Die Vorlage der Verwaltung sah eine Sporthalle entweder mit Tiefgarage oder mit ober-

irdischen Parkplätzen vor. Letzteres lehnten wir ab. Denn zum einen hätte die Indoorbewegungslandschaft für Kinder nicht realisiert werden können, zum anderen wäre der Aktionsplatz für alle Generationen zugunsten der oberirdischen Stellplätze auf nur noch 40 Prozent reduziert worden. Damit hätte ein weiteres Mal die Bürgerschaft – wie schon beim erwähnten zentralen Platz – das Nachsehen gehabt!

Baurechtlich sind vor Ort insgesamt 23 Stellplätze nachzuweisen; die dreifache Anzahl wäre in einer Tiefgarage unter der Sporthalle möglich. Wir Grünen sehen hierin eine Chance, den Bereich zwischen Stadtbahnhaltestelle Waldau und der Eiswelt sowie der Waldschule autofrei gestalten zu können, indem wir die überzähligen rund 47 Stellplätze in der Tiefgarage bündeln und dafür oberirdische Parkplätze reduzieren. Plant man An- und Abfahrt über den Kesslerweg, bestünde die Möglichkeit, den Georgiiweg als autofreie Flaniermeile im Herzen des Sportgebiets Waldau zu gestalten. Die Aufenthaltsqualität auf der Waldau steigt, die Erholung suchende Bevölkerung dankt's!

Beate Schiener



Neue Sportflächen

■ Zwischen Weilimdorf und Giebel liegt direkt an der Stadtbahn das seit etwa zehn Jahren nahezu ungenutzte Gärtnerei-Walzelände. Angesichts der Wohnungsnot erschien bereits 2009 eine Wohnbebauung möglich, zumal eine Stadtbahnhaltestelle in unmittelbarer Nähe liegt. Leider hat die Stadtverwaltung dann detailliert nachgewiesen, dass sich das Areal nicht zur Wohnbebauung eignet: Es fehlt die Erschließung für den Autoverkehr wegen der notwendigen Querung der Stadtbahngleise, die in der Hauptverkehrszeit von 24 Stadtbahnen je Stunde befahren wird. Zudem sind die Lärmemissionen der angrenzenden Sportanlagen und des Verkehrs zu hoch. In Weilimdorf leben viele junge Familien; daher dürfte die sportliche Betätigung auch künftig eine tragende Säule der Freizeitgestaltung bleiben. Um dem (Vereins-)Sport Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, halten wir es für notwendig, das Walzelände ausschließlich als Grün- bzw. Sportfläche vorzusehen.

FLÄCHENTAUSCH | Im Flächennutzungsplan ist im Gewann Froschäcker bereits eine Fläche für Sport vorgesehen, speziell für ein mögliches Frei- und Hallenbad. Ein Sportgelände dort, nördlich des Schnatzgrabens, ist problematisch wegen der schlechten Erschließung und der massiven Eingriffe in intakte Freiflächen direkt neben dem Fauna-Flora-Habitat (FFH) Fasanengarten. Zudem müssten aufgrund der Hanglage große Erdbewegungen vorgenommen werden. Dagegen ist das Walzelände gut an den ÖPNV angebunden, und die Flächen sind zu einem großen Teil bereits versiegelt. Hinzu kommen Synergieeffekte mit dem bestehenden Sportgelände.

Deshalb haben wir beantragt, dass die bisher geplanten Nutzungen auf dem Walzelände mit dem Gewann Froschäcker im Flächennutzungsplan getauscht werden. Dann wäre auf dem Walzelände die Erweiterung der Weilimdorfer Sportflächen möglich, und das Gewann Froschäcker bliebe als strukturreiches Kleingartengebiet mit einer hohen ökologischen und Naherholungsfunktion auf Dauer gesichert.

Clarissa Seitz



Arbeiten auf der Waldau. Foto: Florian Kotthoff

EINLADUNG DER GRÜNEN IM STUTTGARTER GEMEINDERAT:

Spurenstoffen auf der Spur – Arzneistoffreste in Gewässern

■ Werk-STADT-Gespräch, Podiumsdiskussion

Eine Großstadt hinterlässt vielfältige Spuren. Wo viele Menschen leben, entsteht natürlich auch viel Abwasser. Der Umgang mit den Stoffen, die seit Jahrhunderten im Abwasser ankommen, ist heutzutage Sache von KlärwerksspezialistInnen. In unseren Gewässern lassen sich jedoch immer häufiger „neue“ Stoffe nachweisen, deren langfristige Wirkung auf uns Menschen und die Fauna und Flora zunehmend Sorge bereitet.

Die Arzneistoffvielfalt stellt die Klärwerke vor neue Herausforderungen. Viele der für Menschen hilfreichen Stoffe gelangen über die menschliche Ausscheidung, aber auch über unsachgemäße Entsorgung von Medikamentenresten über die Toilette in einem zu hohen Maß in unsere Gewässer. „Die Konsequenzen einer geringen, jedoch permanenten Exposition gegenüber Arzneistoffen sind humantoxikologisch und ökotoxikologisch (...) weitgehend unerforscht“, konstatiert das Umweltbundesamt. Besonders kritisch sind Antibiotika, Hormone und Schmerzmittel, aber auch Röntgenkontrastmittel.

Insbesondere in der Fauna scheinen diese Stoffe unerwünschte Wirkungen hervorzurufen. Von hormonellen Störungen bei Fischen ist die Rede. Auch in unserem Trinkwasser können diese Spurenstoffe durch optimierte Analysetechniken zunehmend nachgewiesen werden. Die Wasserversorgungsunternehmen betreiben erheblichen betrieblichen und finanziellen Aufwand, um Konsumenten das Trinkwasser in Lebensmittelqualität zur Verfügung zu stellen. Sofern es Grenzwerte dafür gibt, sind diese alle eingehalten oder in der Regel weit unterschritten. Für immer mehr nachweisbare Spurenstoffe gibt es jedoch noch gar keine Grenzwerte, da die langfristigen Wirkungen und Wechselwirkungen auf uns Menschen, die Fauna und Flora noch gar nicht bekannt sind.

Zu viele Schadstoffe im Abwasser kommen die Allgemeinheit zudem sehr teuer. Denn je stärker das Abwasser belastet ist, desto höher fällt die Abwasserabgabe aus. Wird das Abwasser sauberer, sinkt die Abgabe. Erfahrungen aus anderen Klärwerken zeigen, wie mit Investitionen in weitere Filtrationsstufen mittel- bis langfristig Kosten über die reduzierte Abwasserabgabe sogar eingespart werden können.

Aus Gründen des Gesundheitsschutzes, der Effektivität und Kostenminimierung sind daher verschiedene Vorsorgestrategien zu ergreifen. Die einfachste und wirkungsvollste ist sicher die Entsorgung der Medikamentenreste nicht über das Abwasser, sondern über den Hausmüll. Auch der Arzneimittelbeitrag über Tiermasten sollte drastisch reduziert werden.

Wir halten es für notwendig, für die verschiedenen Handlungsebenen Strategien zu entwickeln; sowohl für die Aufklärung der Stuttgarter Bevölkerung über „Risiken und Nebenwirkungen“ der Entsorgung von Arzneimittelresten über die Toilette, als auch für den technischen Standard unseres Hauptklärwerks Mühlhausen. Welche Strategien sollen zum Zuge kommen? Diese Frage wollen wir in unserer Veranstaltung diskutieren – mit den Experten:

- **Prof. Dr.-Ing. Frieder Haakh**, Technischer Geschäftsführer des Zweckverbands Landeswasserversorgung
- **Prof. Helmut G. Hohnecker**, Studiendekan Master-Studiengang Umweltschutz und Leiter des Instituts für Gewässerschutz der Hochschule für Technik Stuttgart
- **Dr. med. Ewald Hommel**, Stellvertretender Vorsitzender der Ärzteschaft Stuttgart
- **Dr. Günther Hanke**, Präsident der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg
- **Dr. Werner H. Philipp**, Fachtierarzt für Mikrobiologie, Dipl.-Ing. agr. (FH), Institut für Umwelt- und Tierhygiene der Universität Hohenheim

Moderation: Dipl. Ing. Gabriele Munk, Stadträtin von Bündnis 90/Die Grünen, Architektin und Stadtplanerin

Mehr Information: 0711 216-60722, gruene.fraktion@stuttgart.de, www.lust-auf-stadt.de

TERMINSACHE!

MITTWOCH, 4. FEBRUAR 2015

19.00 UHR

RATHAUS STUTTGART

MITTLERER SITZUNGSSAAL (4. OG)

MARKTPLATZ 1, 70173 STUTTGART



TERMINSACHE!

DONNERSTAG, 26. FEBRUAR 2015
19.30 UHR
RATHAUS STUTTGART
MITTLERER SITZUNGSSAAL (4. OG)
MARKTPLATZ 1, 70173 STUTTGART



EINLADUNG DER GRÜNEN IM STUTTGARTER GEMEINDERAT:

Anders wirtschaften! GWÖ – ein Weg für Stuttgart?

■ Werk-STADT-Gespräch

Der Mensch tauscht, handelt, verhandelt, wirtschaftet mit Ressourcen, mit Erzeugnissen, Fähigkeiten und Ideen. Seit jeher. Das ist sein Wesen. Wenn wir Grünen jetzt, wie von Winfried Kretschmann postuliert, eine „neue Wirtschaftspartei“ sein wollen, sehr gerne! Wir finden aber: Dafür braucht es eine Transformation!

Es ist eine schlichte Tatsache, dass die Art, wie wir wirtschaften, auf den weltweit gleichen Regeln beruht, die auf Ausplünderung von Natur- und Humankapital hinauslaufen und die ewiges Wachstum (auf einem endlichen Planeten!) voraussetzen. Obwohl in fast allen Verfassungen unserer westlichen Demokratien schwarz auf weiß steht, dass das Ziel des Wirtschaftens das Wohl der Allgemeinheit sei, wird dieses selten erreicht. Mit daran schuld sind die Rahmenbedingungen. Sie fördern oftmals genau das Gegenteil: ökologisch und gesundheitlich bedenkliche Produkte, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Auch im wirtschaftsstarken Stuttgart müssen Firmen um ihr Überleben kämpfen und können nicht immer (allzu) ethisch handeln, da ethisches Handeln leider in keinster Weise belohnt wird. Sehr anschaulich wird dieser Prozess bei den Verhandlungen zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. In diesen Verhandlungen ist sehr oft die Rede von Investitionsschutz, Arbeitsplätzen und Exportbedingungen für Firmen. Kaum thematisiert werden gemeinsame Werte wie Transparenz, Demokratie, globale Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit. Um neue Märkte zu öffnen und zu sichern, sollen Unternehmen etwa die Möglichkeit erhalten, Standards im Bereich der Umwelt- oder auch der Gesundheitspolitik zu „harmonisieren“. Laut Kritikern heißt das, dass tendenziell der jeweils niedrigste bzw. wirtschaftsfreundlichste Standard aller Vertragspartner als Basis für die verbindliche Norm dienen wird. Ein solches „Frei“-Handelsabkommen geht in die völlig falsche Richtung.

Stattdessen brauchen wir neue Wirtschaftsmodelle, die soziale, ökologische und ethische Werte in den Mittelpunkt stellen. Eine Wirtschaft, die dem Menschen dient und nicht umgekehrt! Natürlich sind diese Gedanken nicht neu und die Wege dorthin vielfältig. Es gibt beispielsweise Modelle wie die Solidarische-, die Gemeinwohl- oder die Postwachstumsökonomie. Sie befruchten sich gegenseitig und lenken den Fokus auf das eigentliche Thema: Anders wirtschaften!

Die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist eine junge Reformbewegung, die 2010 in Österreich von Christian Felber begründet wurde. Heute wird sie von über 1.500 Unternehmen, 6.000 Privatpersonen, rund 200 Vereinen und mehr als 60 Politikern in Österreich und Deutschland unterstützt. Die Grundidee ist, in einem demokratischen, partizipativen und ergebnisoffenen Prozess ein Wirtschaftssystem zu etablieren, in dem das Gemeinwohl an oberster Stelle steht. Unternehmen, Organisationen, aber auch Gemeinden und Regionen sollen für sich neue Kriterien und Handlungsfelder definieren, die für alle Beteiligten Vorteile bringen. Natürlich steckt die GWÖ-Bewegung noch in den Kinderschuhen – aber sie enthält viele Gedanken und Methoden, die den Zeitgeist treffen, UnternehmerInnen begeistern und eine positive Entwicklung für unsere Wirtschaft mit sich bringen könnten.

Wir Grünen in Stuttgart wollen uns tiefer mit dieser Idee auseinandersetzen und hinterfragen, ob die Gemeinwohlökonomie auch ein Weg für uns in Stuttgart sein könnte. Wie können wir als Gemeinde etwa hiesige Unternehmen für GWÖ begeistern? Kann die Kommune selbst



einen Beitrag dazu leisten oder die bereits existierende Stuttgarter GWÖ-Gruppe unterstützen? Um das Prinzip der GWÖ detaillierter zu erläutern und diese Fragen zu vertiefen, laden wir herzlich zu dieser Veranstaltung in der Reihe WerkStadtGespräche ein. Informativ und partizipativ.

Anna Deparnay-Grunenberg

Mehr Info zur GWÖ: www.ecogood.org

Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen im Gremium herbeiführen lassen. Eine Auswahl.

■ Die EU-Kommission hält den Schutz der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger vor krebserregendem Feinstaub für nicht ausreichend und fordert rasche Verbesserungen. Im Antrag **LUFTREINHALTEPLAN SINNVOLL ERGÄNZEN** kritisiert *Peter Pätzold* die fehlende Motivation des Regierungspräsidiums Stuttgart, bei der Fortschreibung des Luftreinhalteplans schnell wirksame und effektive Maßnahmen selbst vorzugeben. Stattdessen werden nur Maßnahmen aufgeführt, die von der Stadt Stuttgart sowieso schon umgesetzt oder in Planung sind. Aber auch die Stadt könnte entschlossener gegen Feinstaub vorgehen; etwa durch Tempo 40 auf allen von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Steigungstrecken oder durch die Förderung von E-Bikes und Pedelecs und einer Citylogistik, für die ab 2016 nur noch emissionsfreie Lieferfahrzeuge in der City eingesetzt werden.

WIE GEHT ES WEITER MIT DEN TAUBENSCHLÄGEN IN STUTTGART?, will *Clarissa Seitz* wissen. Zwar sind im städtischen Haushalt Mittel zur Verfügung gestellt, aber die Suche nach Standorten gestaltet sich schwierig. Daher soll ein Mitarbeiter des Amtes für öffentliche Ordnung langfristig und kontinuierlich die Verhandlungen mit Immobilienbesitzern führen, die baurechtlichen Abwicklungen betreiben und den Kontakt zu den ehrenamtlichen Tierfreunden halten.

Weltweit gibt es zurzeit eine ungeheure Zahl von Kriegsflüchtlingen. Dieser Zustrom von Flüchtlingen bringt immer mehr Menschen mit traumatischen Kriegserfahrungen in unsere Stadt. Sie brauchen dringend eine gute fachliche Unterstützung, um mit dem Erlebten fertig zu werden. *Gabriele Nuber-Schöllhammer* weist darauf hin, dass die Wartelisten für psychosoziale oder psychologische Unterstützung schon heute überfüllt sind; die Wartezeit kann bis zu einem Jahr betragen. Die **PSYCHOSOZIALE UND PSYCHOLOGISCHE VERSORGUNG TRAUMATISIERTER FLÜCHTLINGE** muss ausgebaut und der steigenden Zahl an Flüchtlingen angepasst werden.

In Uhlbach wurde innerhalb weniger Jahre zum zweiten Mal ein Bauvorhaben genehmigt, dessen Dimension und Anmutung nach Ansicht zahlreicher Einheimischer nicht zum historisch gewachsenen Ortskern passt.

Ein veraltetes Baurecht lässt an einigen stadtbild- und stadtlandschaftsprägenden Lagen zu, dass wertvolle unverwechselbare Stadtlandschaft, schützenswerte Ortsbilder oder Gebiete mit wichtiger Klima- oder Erholungsfunktion auf eine Weise nachverdichtet werden, die vorhandene Qualitäten unwiederbringlich zerstört. *Jochen Stopper* will daher **STADTBILD- UND STADTLANDSCHAFTSPRÄGENDE GEBIETE GEZIELT UND BESSER SCHÜTZEN**.

An der Anne-Frank-Schule in Möhringen herrschen in der Mittagspause desolate Zustände. Weil die Räumlichkeiten für das Mittagessen nicht allen Schülerinnen und Schülern Platz bieten, müssen viele von ihnen draußen auf dem Schulhof an Biertischgarnituren essen. Dabei hat sich die Schule auf den Weg zur Gemeinschaftsschule gemacht: Die Bereitstellung geeigneter Räume wäre eigentlich Aufgabe des Schulträgers Stadt Stuttgart gewesen, der hierfür auch genügend Vorlauf hatte. *Vittorio Lazaridis* ärgert sich, dass dieses Versäumnis den pädagogisch innovativen Prozess erschwert, der von allen Akteuren vor Ort unterstützt wird. Seine klare Ansage: **KEIN MITTAGESSEN IM FREIEN!**

Das Planetarium muss saniert werden. Jetzt, wo die Planungen konkretisiert werden, stellt sich wieder einmal heraus, dass die Arbeiten teurer werden als veranschlagt. Auch der Aufwand zur Sanierung der

DAS
STADT
BLATT

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen.

Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.

Schulen ist deutlich unterschätzt worden – hier hat sich dann die Untersuchung zum Zustand der Gebäude und ein Gebäudekataster mit den aktuellen Zuständen und Sanierungsbedarfen bewährt. Doch es gibt viele weitere Beispiele. *Peter Pätzold* fordert daher, dass so schnell wie möglich alle Gebäude der Landeshauptstadt in ein aktuelles und modernes **GEBÄUDEMANAGEMENT** aufgenommen werden, so dass Instandhaltung und Sanierung besser planbar sind. Denn: Ein Schwabe kennt eigentlich sein Haus.

Unter den zahlreichen Flüchtlingen, die derzeit in Stuttgart stranden, sind auch viele Kinder. Schulpflichtige Flüchtlingskinder werden in den Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) auf die Schulen vorbereitet. Die Zahl dieser IVK-Klassen hat sich im Vergleich zum letzten Schuljahr verdoppelt. Das hochwertige pädagogische Angebot in Stuttgart muss auch Flüchtlingskindern offenstehen – und mit ihm auch die Betreuungsangebote. Hier sind jedoch nicht alle Träger der Angebote ohne Weiteres bereit, Flüchtlinge zu betreuen. Ähnlich sieht es an den Ganztagschulen aus. Auch hier ist die Beschulung der Flüchtlingskinder am Nachmittag nicht klar geregelt. *Vittorio Lazaridis* fordert eine **GUTE BILDUNG FÜR ALLE KINDER IN STUTTGART** und hält es daher für erforderlich, einheitliche Standards für die Betreuung schulpflichtiger Flüchtlinge in Schülerhäusern oder Ganztagschulen zu etablieren.

Die Entwicklung am **DIAKONISSENPLATZ** weiterdenken: Wenn künftig die Jugendverkehrsschule am Westbahnhof zu finden

sein wird, kann der Diakonissenplatz mitten im Stuttgarter Westen eine gar nicht so kleine grüne Oase werden; ein Ort der Begegnung und Naherholung, ein Platz, auf dem vieles stattfinden kann. *Peter Pätzold* drängt darauf, in einem Bürgerbeteiligungsprozess Ideen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Bereits heute soll die Möglichkeit geschaffen werden, auf einem Teil der Grünflächen urban zu gärtnern.

Eignet sich das **WALZGELÄNDE** in Weilimdorf als Sportfläche? Eine Wohnbebauung dort scheidet aus nachvollziehbaren Gründen aus und auch eine landwirtschaftliche Nutzung kommt kaum in Frage. *Clarissa Seitz* schlägt deshalb einen Nutzungsaustausch vor: Statt weiterhin eine Fläche für sportliche Nutzungen im Gewann Froschäcker vorzuhalten, das verkehrlich schlecht erschlossen und zugleich besser für Landwirtschaft geeignet ist, sollen Flächen für den Sport lieber auf dem Walzgelände vorgehalten werden. Die Fläche in den Froschäckern stünde dann der Landwirtschaft zur Verfügung.

Bereits vor gut zwei Jahren hat die grüne Fraktion angeregt, die **STADTBAHNLINIE U 11 ALS REGELLINIE** auszubauen. Noch immer steht die Antwort der Verwaltung aus. Zwischenzeitlich hat sich aber einiges getan, was die Idee einer Regellinie stärkt: Bald wird auch das neue Sportbad an der Mercedesstraße liegen. Neben all den anderen wichtigen Sporteinrichtungen im Neckarpark: Stadion, Schleyerhalle, Porsche-Arena. Neben der Aufwertung des Gebiets Veielbrunnen wird demnächst der Neckarpark

aufgesiedelt – für die Attraktivität des neuen Stadtteils ist die gute ÖPNV-Anbindung eine wichtige Grundlage. *Peter Pätzold* sieht deshalb noch größeres Potenzial, die U 11 als Regellinie täglich fahren zu lassen.

Es war sowas von absehbar: Nach der Eröffnung des Mega-Konsumzentrums kommt nun auch das **MILANEO-VERKEHRSSCHAOS WIE GEPLANT**. Schon lange vorher hat *Peter Pätzold* auf diese Gefahr hingewiesen und ein Mobilitätskonzept angemahnt. Dessen Erstellung hat der Investor auch vertraglich zugesichert. Jetzt aber will er sich mit halbherzigen Appellen an die Kunden, doch die Öffentlichen zu nutzen, aus der Affäre ziehen. Wie wiederholt zu lesen war, haben die Folgen einerseits die AnwohnerInnen durch den Parksuchverkehr zu tragen, andererseits die Stadt durch den zusätzlichen Aufwand, den sie betreiben muss, um den Verkehr rund ums Milaneo zu steuern und überwachen.

Der **FILDERBAHNPLATZ** ist mit dem alten Bahnhof und dem Bürgerhaus ein attraktiver und zentraler Ort in Möhringen. Zugleich ist er mit zahlreichen ÖPNV-Verbindungen ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Nun hat die SSB die Flächen rechts und links der Schienen verkauft; dort sollen Wohnhäuser entstehen. Zwei Flurstücke eignen sich allerdings kaum für eine Wohnbebauung. *Petra Rühle* will die Planungen für den Filderbahnplatz sinnvoll weiterentwickeln und regt an, hier im Stadtbezirk dringend erforderliche Gemeinbedarfe wie Kita oder Musikschulaußenstelle unterzubringen. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, den Bahnhofsbereich als attraktives Aushängeschild

[Antwort gern auch via E-Mail an: gruene.fraktion@stuttgart.de, oder per Fax an: 0711 216-60725]

Ja bitte,
senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an
diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

An
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart
Rathaus, Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:



■ SEELBERGSTRASSE

Nach langem grünen Drängen und unter Einsatz von STEP-Mitteln wurde der Gehweg auf der Südseite der Seelbergstraße verbreitert und eine Fußgängerfurt über die Frösnerstraße angelegt. Fußgänger und Personen mit Kinderwagen oder Rollatoren haben jetzt einen guten und sicheren Weg. A. M.



Foto: Florian Kotthoff

für den Stadtbezirk und als intermodalen Verkehrsknoten zu gestalten. Stadtbahn- und Buslinien und die Radservicestation der Neuen Arbeit bilden bereits eine gute Ausgangsbasis.

RESSOURCEN SCHONEN MIT RECYCLING-BETON? Dank RC-Beton kann man bis zu 45 Volumen-Prozent recycelte Zuschlagstoffe aus Abbruchstein und -beton einsetzen. So lassen sich Kosten und Rohstoffe sparen. Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat Impulsprojekte auf den Weg gebracht – auch in Stuttgart. Vorbild für die Bauten auf dem alten Olga-Areal oder im Neckarpark?, fragt *Peter Pätzold* die Stadtverwaltung.

STUTTGART 21: IMMISSIONEN ÜBERWACHEN, BÜRGER SCHÜTZEN! So lautet der Appell von *Clarissa Seitz* an die Bahn AG. Die aus den Baumaßnahmen von Stuttgart 21 resultierenden Schallimmissionen führen an verschiedenen Stellen der Stadt von Anfang an zu gravierenden Lärmbelastungen. Die Bahn informiert darüber nur unzureichend. Und die Appelle der Stadt an die Bahn und das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) sind bisher wenig fruchtbar gewesen. Zudem bestehen Zweifel, ob – wie durch den Planfeststellungsbeschluss auferlegt – seitens der Bahn eine übergeordnete Beweissicherung mit dem Ziel erfolgt, „alle Einwirkungen aus baubetriebsbedingten Geräuschen und Erschütterungen abschnittsübergreifend und auch baumaßnahmenübergreifend zu erfassen und zu beurteilen.“ Es stellt sich die Frage, ob die auf Basis der Ausführungsplanung erstellten schalltechnischen Detailgutachten die tatsächlichen Verhältnisse auf der Baustelle bzw. im Bauablauf korrekt abbilden.

Das Hotel Silber, die Dorotheenstraße 10, in der NS-Zeit Sitz der Gestapo-Zentrale, konnte als authentischer Ort der Geschichte im Zentrum Stuttgarts erhalten werden. Ein Erfolg, der in erster Linie dem unermüdlichen Engagement bürgerschaftlicher Initiativen zu verdanken ist. Hier soll ein lebendiger Ort der Auseinandersetzung mit der Geschichte entstehen. Stadt und Land haben die Finanzierung gemeinsam sichergestellt. Die Ausgestaltung und Organisation ist gemeinsam am Runden Tisch mit den Initiativen erarbeitet worden. Nachdem aber festgestellt werden musste, dass an der Ausarbeitung des Kooperationsvertrags zwischen Stadt und Land weder der Gemeinderat noch die Initiativen beteiligt sein sollen, fordert *Andreas G. Winter* in einem zusammen mit SPD und SÖS-Linke-Plus gestellten Antrag: **HOTEL SILBER PARTNERSCHAFTLICH FÜR DIE ZUKUNFT GESTALTEN!**

Nach jahrelanger Stagnation können mit dem geplanten Verkauf des Areals am Vogelsang dort endlich Wohnungen gebaut werden – eine alte grüne Forderung. Um die **WEITERE ENTWICKLUNG AM VOGELSANG GEZIELT STEUERN** zu können, drängt *Jochen Stopper* darauf, dem Käufer aufzuerlegen, das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) umzusetzen – also auch geförderte Wohnungen zu bauen, und die Markthalle am Vogelsang zu erhalten. *Jochen Stopper* will die Betriebszeit der **EISBAHN** auf dem Schlossplatz klimafreundlicher und jahreszeitengerechter gestalten. Im letzten Jahr startete der Aufbau bereits im Oktober; die sommerlich gekleideten Passanten rieben sich verwundert die sonnenbebrillten Augen. Der Betrieb startete Anfang November, fern aller Weihnachts-

und Wintergefühle. Temperatur und Vegetation zeigten an, dass die Eislaufsaison auf dem Schlossplatz viel zu früh beginnt. Ein späterer Start, zum Beispiel eine Woche vor Eröffnung des Weihnachtsmarkts, wäre besser fürs Klima und entspräche eher der Jahreszeit.

Nachdem die Bahn angekündigt hat, ihre Pläne zum Abstellbahnhof Untertürkheim ändern zu wollen, hat *Björn Peterhoff* Fragen zum **ABSTELLBAHNHOF MÜNSTER**. Denn demnach sollen Züge künftig auch in Münster und Obertürkheim abgestellt werden. Die Lärmbelastung aus Rangierfahrten wird die Anwohner dort nicht erheitern. Bereits heute gibt es auf der Streckenführung zwischen Bad Cannstatt und Münster Anwohnerbeschwerden über Lärm am Augsburger Platz, im Bereich des Viadukts sowie auch in Stuttgart-Münster.

Martin Steeb

Alle diese Anträge wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Stadtverwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Fraktion nachgelesen werden:

www.lust-auf-stadt.de/antraege

Frau Holle, die tolle

■ Weihnachten ist eine tolle Zeit. Wer will da nicht alle oder fast alle beglücken! So machten sich auch auf: das Kulturreferat und die Kulturbürgermeisterin, um Stuttgarts Kulturinstitutionen die frohe Kunde zu verbreiten –

15 PROZENT AUF ALLES! | Naja, fast. Denn ein paar laufen wohl unter Tier-nahrung, da gibt es ja nichts. Die kleineren Institutionen bekommen gestaffelt zehn oder fünf Prozent. Die großen aber sollen volle 15 Prozent mehr erhalten. Das ist der Plan der Bürgermeisterin, und wer könnte da etwas dagegen haben – wenn nicht der böse Gemeinderat? Denn der hat's ja die letzten Jahre gerichtet und zu Zeiten der Haushaltskonsolidierung

der Verwaltung doch tatsächlich die Hecken-schere und die Baumsäge weggenommen. Dafür hat er den Rasenmäher herausgeholt. Nur deshalb blieben Institutionen und Festivals verschont und konnten weiterarbeiten. Doch Schwamm drüber, jetzt stehen auch diese damals zur Schlachtung Vor-gesehenen wieder drin, denn auch ihnen gilt die frohe Kunde: 15 Prozent!

BLINDFLUG PAUSCHAL INKLUSIVE! | Bereits im Jahr zuvor wurde das richtungs-weise probiert. Und schon damals war es der böse Rat, der nach vielen Gesprächen und interfraktionellen Abstimmungen den Innovationsfonds Bildende Kunst um 300 Prozent erweitert, das Festival Colours auf den Weg gebracht, die Scharnierstelle der kulturellen Bildung installiert und damit Ideen verwirklicht hat, die das Referat nicht einmal ansatzweise auf dem Schirm hatte, – und der dennoch die strukturelle Unterfinanzierung anging. Das wollte „Kultur im Dialog“ mit den Zielvereinbarun-gen erreichen: ein genaues Hinschauen, ein Gespräch und dann eine Entscheidung, fachlich fundiert und mit gemeinsamen Zielen hinterlegt.

Stattdessen jetzt also 15 Prozent auf alles, das ist einfacher, und zur Weihnacht traut sich bestimmt keiner ein Nein. Dass der Rat, über alle Fraktionen hinweg, das Papier lediglich als Vorschlag wertete und nie-mand die pauschale Erhöhung so mit-tragen wollte, lässt unberührt. Whatever – go, tell it on the mountain.

Andreas G. Winter



Foto: Onderwijsgek/Wikimedia

DAS STADTBLATT | FEBRUAR 2015 | IMPRESSUM

HerausgeberInnen: Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Peter Pätzold, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas G. Winter

Titelfoto: Achim Zwegarth

Redaktion: Petra Rühle und Andreas G. Winter (verantwortlich), Nicole Kiemel und Martin Steeb

Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727
Telefax 0711 216-60725

Geschäftsstelle:

Rebecca Benez, Thomas Dengler, Nicole Kiemel, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:

gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: UWS, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier

DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:

www.lust-auf-stadt.de

